

Konsolidierungspaket										Vorschlag Verwaltung		finanzielle Auswirkung									
Lfd. Nr.	Fb/ StabsSt. Kostestelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühes-tens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve
1	00/01	Zuschüsse an Vereine und Initiativen				59.110	Aussetzen oder Reduzierung der standardisierten Erhöhung des Personalkostenzuschusses von 2,5 % und des Sachkostenzuschusses von 1,5 %.	Abstimmung über Aussetzung	x			59.110			59.110		zugestimmt		in AL	59.110	
2	00/02	Überprüfung des Bäderkonzepts	913/2024				Es wird auf die Vorlage 913/2024 verwiesen.		x						-		wird nicht im Rahmen der HH-Verhandlung besprochen Position wird gestrichen			0	
3	01	Zimmertheater (Aufgabe festes Ensemble / Zweiter Spielort)				1.089.000	Seit 2019 hat sich der kommunale Zuschuss für das Zimmertheater, v.a. auf Grund von Tarifsteigerungen, mehr als verdoppelt. Sollte es nicht gelingen die Kosten zu senken, muss über eine Schließung nachgedacht werden.	Abstimmung Schließung interim			x				-	800.000	zugestimmt			0	800.000
4	01	Zimmertheater (Konzept Reduzierung städtischer Zuschuss)	911/2024			289.000	Es wird auf die Vorlage 911/2024 verwiesen.	Abstimmung Sparkonzept		x				289.000	289.000		zugestimmt		289.000	289.000	
5	001	Sachbearbeitung Social Media		E 11	0,8	40.280	Bei Stellenstreichung: Einstellung der städtischen Social-Media-Aktivitäten (Vorlage 206/2024). Dadurch erreicht die Stadt weniger Bürger_innen, kommt ihrem Informationsauftrag nicht mehr nach und erleidet einen Imageschaden. Ohne Social Media kann die Arbeitgebermarke „Team Tübingen“ (Vorlage 132/2024, 254/2054) nicht umgesetzt werden (Folge: weitere Verschärfung des Fachkräftemangels). Stellenstreichung führt zudem zu Qualitätsverlusten in der Kommunikation auf anderen Kanälen (Internet, Pressearbeit) und deutlichen Verzögerungen bei wichtigen Projekten (z.B. barrierefreie Internetseite); Überlastung der Stabsstelle droht.				x				-	40.280	abgelehnt, auch aus der Reserve streichen			0	
6	001	Ämtliche Bekanntmachungen in gedruckter Form (Anzeigen) nur noch bei gesetzlicher Pflicht	910/2024			15.000	Über die gesetzlich vorgeschriebenen Inhalte hinaus veröffentlicht die Stadtverwaltung auch Tagesordnungen, Öffnungszeiten, Sperrungen, Märkte etc. als Ämtliche Bekanntmachung im Schwäbischen Tagblatt (zusätzlich zur Veröffentlichung auf der städtischen Internetseite). Der Verzicht auf diese Anzeigen würde bedeuten, dass diese Informationen weniger Menschen erreichen. Ziel ist der Abschluss eines Änderungsvertrags mit dem Schwäbischen Tagblatt über ein deutlich reduziertes Anzeigevolumen. Ein Teil der Einsparung würde bereits im Haushalt 2025 wirksam, ein weiterer Teil voraussichtlich ab 2026.		x	x		10.000		5.000	15.000		bereits entschieden		in AL	5.000	15.000
7	002	Beratungsstelle sex. Gewalt				85.000	Gewaltprävention u. -schutz sind prioritisiertes Handlungsfeld im Aktionsplan Gleichstellung. Seit 2015 berät AGIT Frauen & Männer, die sexualisierte Gewalt in d. Kindheit, oder als Erwachsene erlebt haben. 2023 insgesamt 1944 (2022:1616) Beratungseinheiten für 215 Menschen (2022:166); Fallzahlen steigend; Mangelndes Angebot an Therapieplätzen führt dazu, dass Betroffene, die Unterstützung brauchen, länger in d. Beratung bleiben. Kann bei hohem und steigendem Bedarf ohne Förderung nicht fortgeführt werden. Eine Besonderheit von AGIT ist, dass sie alle Geschlechter berät. Es gibt kein weiteres spezialisiertes Angebot im Landkreis; dafür Frauenhausförderung durch Landkreis.				x				-	85.000	Antrag der SPD zugestimmt			0	42.500
8	002	Geschäftsstelle Integration		E 10	0,1	19.090	Integrationsrat (IR) ist eine Maßnahme im Integrationskonzept. Die Geschäftsstelle gibt es seit 2012 u. ist derzeit mit 0,5 AK unbefristet besetzt. Zu ihren Hauptaufgaben gehört fachliche u. organisatorische Unterstützung d. IR: insbesondere Vor- und Nachbereitung von Sitzungen, Koordination von Arbeitsgruppen, Erstellung von Vorlagen, Kommunikation mit Verwaltung u. Externen, Öffentlichkeitsarbeit sowie Organisation von Fortbildungen u. Veranstaltungen. Aktuelle StelleninhaberIn geht ab dem 29.11.2024 in Mutterschutz und Elternzeit. Geschäftsstelle wird für den Zeitraum der Elternzeitvertretung mit 0,4 AK intern besetzt.	Reduzierung auf 0,25	x (0,1 AK)		x (0,15 AK)		7.640		7.640	11.450	zugestimmt		7.640	7.640	11.450
9	002	INET unbefristet		E 10	0,5	44.860	50%-Stelle unbefristet besetzt; seit 2010 Schlüsselmaßnahme im Integrationskonzept für Elternbildung, diversitätssensible Öffnung von Schule/Kita, Förderung Ehrenamt; ca. 170 mehrsprachige Ehrenamtliche (40 Sprachen) unterstützen Eltern. Kooperation mit 10 Schulen u. 6 Kitas; auf Anfrage Unterstützung für weitere (Bildungs-)Einrichtungen, u. verwaltungsintern (z.B. Anmeldeverfahren Kita). 740 Einsätze in 2023 (Nachfrage steigend); Familien, Schul- & Kitapersonal verlieren ohne INET wichtige mehrsprachige Unterstützung; Übersetzungsleistungen müssten von Einrichtungen/Eltern selbst getragen werden; Landesförderung INET in Kitas (+0,13 AK) ist an Stelle gebunden.				x				-	44.860	abgelehnt, auch aus der Reserve streichen			0	
10	002	Sachbearbeitung Queere Chancengleichheit		E10	0,5	35.750	Handlungsfeld im Aktionsplan Gleichstellung; Stelle seit 09/2022 unbefristet besetzt; verwaltungsinterne Ansprechstelle (AGG Kommission, TAKT, SBGG, Netzwerk Queer am Arbeitsplatz) & extern z.B. für queere Community, Fachkräfte, Bündnis Queer (z.B. Pride Month) & für Projekte (z.B. CSD); vielfältige Kooperationen, lokale & überregionale Netzwerke sind aufgebaut; Stelle baut Brücken zw. unterschiedliche Interessen (z.B. feministische Strömungen, Behörden & zivilgesellschaftliche Akteure); für Außenwirkung der Verwaltung als Arbeitgeberin ist queere Chancengleichheit ein wichtiger Diversity-Aspekt; all das kann ohne die Stelle nicht weitergeführt/verstetigt werden.		x					35.750	35.750		Antrag AL/Grüne zugestimmt: Stelle kommt in die Reserve			0	35.750
11	002	Bildungszentrum und Archiv zur Frauengeschichte (BAF) ist in der Existenz gefährdet daher 15.000 Euro mit Sperrvermerk bis Bericht.				15.000	Bildungszentrum und Archiv zur Frauengeschichte in BW ist das einzige Frauenarchiv in BW, welches seit 1987 regionale FrauenLesben(bewegungs)geschichte sammelt u. erschließt. Bibliothek mit ca. 6.000 Titeln (zu Geschlechterforschung, queer-Feminismus, Frauengeschichte); Archiv verfügt über ca. 84 laufende Meter mit Materialien zur FrauenLesbenGeschichte in BW seit 1968 u. früher; digitale, interaktive Bewegungskarte (Inhalte des Archivs sind einzelnen Fraueninitiativen zugeordnet u. in ihrer Verteilung in Raum und Zeit dargestellt). Ohne Förderung können insb. Miet- und Personalkosten für die Geschäftsstelle nicht finanziert werden.		x				15.000		15.000		Antrag SPD zugestimmt 5.000 Euro ab 2026 und 10.000 Euro in Reserve		5.000	5.000	10.000

Konsolidierungspaket										Vorschlag Verwaltung					finanzielle Auswirkung							
Lfd. Nr.	FB/ StabsSt. Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühestens ab 2026	Reserve	1. ÄL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbeitrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbeitrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve	
12	002	Adis e.V. (42.390 Euro, wie von Adis e.V. beantragt).				42.390	Beratung mit 0,5 AK + 0,1 AK über Landesmittel. 80 Fälle in 2022, mit mehreren Beratungseinheiten; Anfragen steigen; Thema wird gesellschaftlich kontrovers diskutiert, nicht kontrovers ist der Bedarf an Beratung. Transition ist sowohl medizinischer als auch sozialer u. rechtlicher Prozess mit weitreichenden, komplexen Entscheidungen; verlässliche Informationen/ Unterstützung sind notwendig; adis e.V. bietet sehr gut vernetztes, qualifiziertes Beratungsangebot; arbeitet eng mit Transprechstunde der Uniklinik, Schulsozialarbeit, offene Jugendarbeit, u.a. zusammen; bietet Fortbildungen an; Fachgerechte Beratung kann ohne finanzielle Mittel nicht fortgeführt werden.		x				42.390		42.390			Antrag SPD zugestimmt, Reduzierung auf 20.000 Euro	22.390		22.390	
13	002	Move on				30.000	Plan B berät seit 2020 Geflüchtete u.a. zu Asylverfahren, aufenthaltsrechtliche Fragen, Mitwirkungspflichten, Familienzusammenführungen, Vermittlung in Arbeit/Sprachkurse; oft komplexe Fragen mit intensivem Beratungsbedarf; gut vernetzt mit Integrationsmanagement (Stadt/ LK), Asylzentrum, Aidshilfe u.a.; Bedarf steigend (284 Fälle, 1420 Beratungseinheiten in 2023); dieser kann ohne Förderung nicht gedeckt werden; Verwaltung plant Erarbeitung eines Konzepts, um die Zusammenarbeit von Unterstützungsmaßnahmen im Bereich zu koordinieren, Synergien u. Optimierungsmöglichkeiten zu identifizieren u. mögliche Doppelstrukturen zu vermeiden.	Konzept*	x				30.000		30.000			Antrag AL/Grüne zugestimmt: Kürzung Zuschuss um 15.000 Euro ab 2026		15.000	15.000	
14	002	PASSTI Streetwork für Geflüchtete in Tübingen; Zuschuss für das Asylzentrum Tübingen e.V				32.670	Projekt wird bis 30.11.2024 (seit 2019) aus Projektbudget der Stabsstelle finanziert. Projektbudget steht u.a. für wichtige (wiederkehrende) Projekte in den Bereichen Gleichstellung (z.B. Frauenfilmtage), Queer (z.B. Pride Month), Integration (z.B. Interkulturelle Woche) und Geflüchtete (z.B. Bewerbungskarriere, Projekte Sprachförderung an Schulen) sowie regelmäßig durchgeführte Veranstaltungen (z.B. Frauentag, Tag gegen Gewalt an Frauen, IDAHOBITA) zur Verfügung. Da das Projekt PASST nach Rückmeldung des Asylzentrums nicht fortgeführt wird, reduziert sich das PM-Budget bereits um 32.675 Euro.	s. Ergebnis*	x				32.670		32.670			zugestimmt	32.670		32.670	
15	002	Integrationsrat: Ombudsstelle		E 9c	0,5 AK	18.380	Gemäß Vorlage 98b/2024 wird ein ehrenamtlicher Ombudsrat (OR) eingerichtet; Geschäftsstelle ist bei der Stabsstelle Gleichstellung und Integration angesiedelt. Aktuell mit 0,5 AK in E 9c TVÖD bis 31.03.2026 besetzt. Seit 04/2024 wurde folgendes erarbeitet u. weitestgehend mit AG OR des Integrationsrats und verwaltungsintern abgestimmt: Gesamtkonzept für OR, Entwurf einer Geschäftsordnung, Konzept für das Meldeverfahren und Vorgehen bei Beschwerden, Entwurf für Ausschreibung zur Gewinnung von Ombudsrät_innen, Konzept f. Öffentlichkeitsarbeit; weitere Etablierung des OR kann ohne Mittel für die Geschäftsstelle nicht fortgeführt werden.		x					18.380	18.380			zugestimmt		18.380		18.380
16	002	Kondome/Lecktücher				10.000	Werden als Projektmittel (für Aufklärung, Gesundheits- und Schwangerschaftsprävention) an Vereine/initiativen vergeben, da Gastro vorerst kein Interesse gezeigt hat; Hochgerechnet kostet die Anschaffung u. das Bedrucken von ca. 500 Kondomen rund 500 bis 800 Euro. Maßnahme kann daher über das Projektbudget von 002 fortgeführt werden, auch wenn Budget um vorgesehene Mittel i.H.v. 10.000 Euro reduziert wird.		x				10.000		10.000			zugestimmt		10.000		10.000
17	003	Projekt Neubürgermarketing		E 9a	0,4	29.220	Stelleninhaberin (mittlerweile E 9) bearbeitet inzwischen im Schwerpunkt Förderanträge und vielfältige Beratungsanfragen (bei weitem nicht nur Neubürger_innen); Konsequenzen: Mitwirkung der Stadtgesellschaft am Klimaschutz nimmt ab.				x					29.220		Alternativvorschlag: 0,5 AK ab 2026, 0,9 AK in der Reserve belassen		39.114	39.114	70.406
18	003	Sachbearbeitung "Tübingen klimaneutral"		E 11	1	80.300	Konsequenzen: insbesondere Einbindung, Beratung und Mitwirkung von Betrieben und Einrichtungen (derzeit fast 100 Arbeitgeber_innen im Netzwerk; wichtige Multiplikator_innen) für den Klimaschutz nehmen stark ab; Wegfall Orga PG/PO Blau; zudem droht Überlastung der Stabsstelle.				x					80.300						
19	003	Klimaschutzoffensive; Förderprogramm "Klimaschutz-Investitionen"				100.000	Breites Förderprogramm für Klimaschutz durch Dritte (PV, Wärmepumpen, Lastenräder, Sanierung, Kühlschränke etc.); spezielle, hohe Förderquoten für KBCLer; Konsequenzen: Abschaffung widerspricht mehreren Punkten des Klimaschutzprogramms (inkl. Q2 und Q3), Ansatzpunkte für vielfältige Beratungsangebote entfallen; Akzeptanz für eigenes Handeln und Mitwirkung der Stadtgesellschaft am Klimaschutz nehmen ab.	Konzept*	x			100.000			100.000			zugestimmt	in ÄL		100.000	
20	003	Klimaschutzprogramm; Beauftragte_r für eine klimaneutrale Kommunalverwaltung; Stellenschaffung			AK	24.670	Stelle befristet bis 08/2027, 65%-Personalkostenförderung durch das Land BW (Betrag wurde daher mit 35% angesetzt); Konsequenzen: Abschaffung widerspricht Vorbildfunktion der Stadtverwaltung im Klimaschutz (siehe auch energie- und klimapolitisches Leitbild) und reduziert Strategie und Konzeption sowie Umsetzung, Umweltbildung und Sensibilisierung nach innen.				x			24.670	24.670			zugestimmt		24.670		24.670
21	003	Förderungen, Öffentlichkeitsarbeit und weitere Bausteine im Klimaschutz (inkl. Teilnahme am European Energy Award (eea)).				50.000	Die Aktionen, begleitende Bausteine und Förderprogramme im Umwelt- und Klimaschutz sind ein wesentlicher Bestandteil der Aktivierung der Bürgerschaft im Rahmen des Klimaschutzprogramms und oft ein wesentlicher Anreiz für Umweltschutzmaßnahmen. Reduzierungen sind kurzfristig möglich, einzelne Bausteine und Programmpunkte können überarbeitet oder gestrichen werden. Durch Ausstieg aus dem eea finanzielle Einsparung für Programmbeitrag, externe Begleitung und externe Audits, sowie Reduzierung der personellen Belastung durch die Doppelstruktur PG/PO Blau und eea.		x			50.000			50.000			Alternative: 25.000 Euro streichen ab 2025	-25.000		25.000	
22	003	Förderprogramm Artenvielfalt				20.000	Es benötigt längere Zeiträume und intensive Vorarbeit, bis ein neues Förderprogramm bekannt und relevant genutzt wird. Danach besteht in der Bevölkerung eine gewisse Erwartungshaltung, dass die Förderung dauerhaft angeboten wird. Die Förderung "Artenvielfalt" ist ein wichtiges Element, um zu Themen wie z. B. Flächenentsiegelung, Klimawandelanpassung (Bäume, Fassadenbegrünung) und Steigerung der heimischen Artenvielfalt im Siedlungsgebiet zu beraten und Umsetzungen zu initiieren. Konsequenzen: Mitwirkung der Stadtgesellschaft bei der Förderung der Artenvielfalt, Flächenentsiegelung und Klimawandelanpassung nimmt ab.	Abstimmung: Artenvielfalt	x				20.000		20.000			abgelehnt: ganz aus der Liste streichen			0	
23	003	Zuschusserhöhung für das Umweltzentrum				4.000	Das Umweltzentrum ist inzwischen sehr stark von den städtischen Fördermitteln abhängig (Regelzuschüsse von 7.000 Euro in 2014 auf 17.000 Euro in 2024 gestiegen; nahezu keine Drittmittel mehr). Gleichzeitig sank z. B. die Anzahl der Beratungen/Gespräche laut den UWZ-Jahresberichten von > 800 in 2014 auf 250 in 2023.	intern*	x			4.000			4.000			zugestimmt	in ÄL		4.000	
24	14	Umstrukturierung und Neubewertung Stellen FB 14			AK	4.000	Einsparung von Personalkosten durch Umstrukturierung im Personalbereich aufgrund von anstehendem Personalwechsel. Weitere Ausführungen siehe Originalantrag. Die Umsetzung des Vorschlags und die Neubewertungen der Stellen wurden bereits im Oktober 2024 durchgeführt und die Stellenstreichung von 0,2 AK einer EG 8 Stelle wurde bereits im Stellenplan im Haushalt 2024 vorgesehen. Da die Personalkostenhochrechnung vom Juli 2024 stammt, wurde die monetäre Auswirkung für den Haushalt 2025 noch nicht berücksichtigt und ist daher in der Änderungsliste für den kommenden Haushalt noch zu berücksichtigen.	keine Abstimmung	x			4.000			4.000			zugestimmt	in ÄL		4.000	

Konsolidierungspaket														Vorschlag Verwaltung		finanzielle Auswirkung								
Lfd. Nr.	FB/StarbSt/Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühestens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbeitrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbeitrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve			
25	10	Sachbearbeitung Projekt Faire Beschaffung		E 11	0,6	48.260	Stelle ist bis 30.06.2026 befristet und wird zu 75% gefördert; es bestehen vertragliche Verpflichtungen. Eine vorzeitige Vertragsauflösung würde zu Rückzahlungsverpflichtungen führen.	Projekt abkürzen			x				-	48.260	zugestimmt, in Spalte ab 2026			17.900	17.900			
26	10	Unterstützung ehrenamtliche Vereine: Supervision für Vereine, Topf für Infrastruktur, Evaluation, Qualitätsförderung.				10.000	Budget in den zurückliegenden Jahren nicht ausgeschöpft. Reduzierung vertretbar.	intern*	x				10.000		10.000		zugestimmt	10.000			10.000			
27	10	Stelle Prozessmanagement (zweite Referentenstelle EBM)			AK	67.500	Die Stelle sorgt für verbesserte und zügigere Abläufe im Baudezernat. Bei Streichung der Stelle muss die erforderliche Unterstützung bei der Optimierung von Prozessen entweder aus der Fachabteilung Organisationsentwicklung oder durch externe Beratung erfolgen.			x				67.500	67.500		zugestimmt			67.500	67.500			
28	10	Neukonzeption Ausstattung Verwaltungsstellen				300.000	Die mit Personal besetzten Verwaltungsstellen sind ein Grundpfeiler der Eigenständigkeit der Teilorte. Grundsätzlich können alle städtischen Dienstleistungen zentral erbracht werden. Dies führt zu erheblichen Einsparungen bei den Personalkosten, aber auch zu einem Verlust an Identifikation der Bürgerschaft. Viele Gemeinden mit einer größeren Zahl von Teilorten bieten weitaus weniger Öffnungszeiten und Dienstleistungen als Tübingen an.				x				-	300.000	kann erst mit Konzept u. Vorlage beschlossen werden, soll in Reserve bleiben					0	300.000	
29	10	Entschädigungen Ortsvorsteher_in				0	Es gibt keine gesetzlichen Vorgaben über die Höhe der Entschädigung für die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher. Die derzeitigen OVs haben ihre Entscheidung, das Amt anzutreten unter Kenntnis der Mitte de Jahres geltendes Höhe der Entschädigung getroffen. Durch Verordnung des Innenministeriums vom November würde sich die Entschädigung jedoch in zwei Stufen erhöhen. Dies würde zu Mehrkosten von nahezu 25.000 Euro im Jahr führen. Diese Erhöhung soll ausgesetzt werden, dafür benötigt es eine Satzungsänderung.		x		x				-	0	bereits entschieden					0		
30	10	Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit				2.000	Die Entschädigung des JGR wurde mit der Vorlage von vormals 12,50 Euro je Sitzung abhängig von der Sitzungslänge auf 15 Euro bis maximal 25 Euro je Sitzung erhöht. Zudem erhalten die Mitglieder des Vorstands erstmals eine Pauschale in Höhe von 40 Euro.	s. Ergebnis* (Fraktionen)			x				-	2.000						0	2.000	
31	10	Geschenke an Altersjubilare; Streichung Buchgeschenk zum 85. Geburtstag (2024: 481 Personen)				8.500	Derzeit erhalten Jubilare ab dem 80. Geburtstag einen schriftlichen Gruß des Oberbürgermeisters, ab dem 85. Geburtstag zusätzlich ein Geschenk. Statt eines Geschenks zum 85. könnte eine erneute schriftliche Gratulation und erst mit dem 90. Geburtstag ein Geschenk folgen.	s. Ergebnis*			x				-	8.500	Wirkung in 2025 siehe lfd. Nr. 44							
32	10	Kein Streaming von GR-Sitzungen				8.500	Auf Grund der geringen Nutzerzahlen wird das Streaming eingestellt. Ggf. Wiederaufnahme, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen ein verbessertes, dauerhaftes Streamen ermöglichen.		x				8.500		8.500		zugestimmt, kein Streaming ab 2025			8.500	8.500			
33	10	Marktplatz der guten Geschäfte				8.000	Der Marktplatz für gute Geschäfte ist eine zeitgemäße Maßnahme der Engagementförderung mit hohem Effekt für die beteiligten Vereine und Unternehmen. Eine Vielzahl von Kooperationspartnerinnen wirken daran mit.	intern*			x				-	8.000	zugestimmt, Wirkung in 2025			8.000	8.000			
34	10	Abschaffung Ortsbeiräte				7.000	Die Ortsbeiräte sind keine Gremien nach den Vorgaben der Gemeindeordnung, sondern wurden auf Beschluss des Gemeinderats eingerichtet. Es ist die Frage zu klären, ob der reale Einfluss der Arbeit der Ortsbeiräte auf die Entscheidungen des Gemeinderats den hohen Verwaltungsaufwand rechtfertigt.				x				-	7.000	abgelehnt, auch aus der Reserve streichen					0		
35	10	Weiterbildungsprogramm "Fit fürs Engagement"				5.000	Da die Dachverbände, Bildungsanbieter und die deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) ein vielfältiges und kostenloses Angebot (DSEE) für Ehrenamtliche anbieten, kann das städtische Programm ohne großen Qualitätsverlust eingeschränkt werden.	keine Abstimmung	x				5.000		5.000		zugestimmt			5.000	5.000			
36	10	Zuschuss an Bürgerstiftung Tübingen (städt. Anteil an Verwaltungskosten)				5.000	Die Stadt bezuschusst die Bürgerstiftung bei den anfallenden Verwaltungskosten. Bei Wegfall des Zuschusses muss die Stiftung den Fehlbetrag anderweitig aufbringen.		x				5.000		5.000		zugestimmt			5.000	5.000			
37	10	Städtischer Zuschuss an BüroAktiv Tübingen e.V				4.500	Der Zuschuss kann ohne gravierende Einschränkung des Angebotsspektrums des Vereins gekürzt werden.	keine Abstimmung			x				-	4.500	aus Spalte Reserve in Spalte ab 2025			4.500	4.500			
38	10	Kürzung Ortsbudget				16.000	Derzeit 6 EUR/EW; Kürzung erbringt je 1 Euro ca. 16.000 Euro.		x				16.000		16.000		zugestimmt			16.520	16.520			

Konsolidierungspaket										Vorschlag Verwaltung		finanzielle Auswirkung											
Lfd. Nr.	Fb/ StatSt/ Kosteneinheit	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühestens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve		
39	10	Kürzung Fraktionsfinanzierung	259/2024				Es wird auf die Vorlage 259/2024 verwiesen.			x					-	0	bereits entschieden				0		
40	10	Keine Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum 2028 (Streichung Hefreihe, ...)				25.000	Kosten 2024-2028: 100.000 - 200.000 Euro; insgesamt wurde ein Konzept auf den Weg gebracht, das unter verhältnismäßig geringem Kosteneinsatz ein spannendes Jubiläumsvorhaben verspricht, u. a. auf Grund eines hohen Engagements von Personen, die auf Bezahlung verzichten (siehe Vorlage 267/2024).			x					-	25.000	zugestimmt in Reserve				0	25.000	
41	10	Streichung Übernahme Versicherung JobRad				25.000	Versicherung müsste von den Beschäftigten getragen werden.	intern*			x				-	25.000	zugestimmt, Wirkung ab sofort 2025	4.200	20.800	25.000			
42	10	Streichung Neubürgerbegrüßung				15.500	Hohe Kosten, eine geringe Anzahl an teilnehmenden Vereinen am "Markt der Vereine", überschaubare Nachfrage bei den Neubürgerinnen und -bürgern rechtfertigt die Streichung oder eine deutlich günstigere Neukonzeption.		x				15.500		15.500		zugestimmt		15.500		15.500		
43	10	Keine (Ehrenamts-) Anerkennungsgala				13.000	Bei der alle drei Jahre stattfindenden Gala fallen hohe Kosten für eine relativ geringe Anzahl von Engagierten an. Öffentliche Würdigung/Anerkennung des Engagements seitens der Stadt muss anderweitig erbracht werden.		x				13.000		13.000		zugestimmt		13.000		13.000		
44	10	Keine Geschenke mehr an Altersjubilare				10.500	Es erfolgt ausschließlich eine schriftliche Gratulation.				x				-	10.500	Wirkung ab 2025		10.500		10.500		
45	1	Einsparungen bei Stellenanzeigekosten durch verstärkte Nutzung sozialer Medien im Rahmen der neuen AG-Marke				100.000	Vorausgesetzt die bei 001 befr. 0,5 AK soziale Medien wird entfristet.	intern*	x				100.000		100.000		zugestimmt		100.000		100.000		
46	1	Outsourcing Verwaltungsschule, Einsparung 0,3 AK			0,3	24.470	Übergang wird sichergestellt.	s. Ergebnis*	x					24.470	24.470		zugestimmt, Wirkung so schnell wie möglich		24.470		24.470		
47	12	Ausbildungsstelle IT (0 Euro) Beschaffung und Support IT an Schulen (E9b) (67.000 Euro)		E 9b	AK	67.000	Zusätzliche Ausbildungsplätze, die nicht besetzt werden können. Aktuell werden abwechselnd zwei Fachinformatiker Systemintegration und ein DHBW-Student ausgebildet, um eine gute Betreuung sicherzustellen. Aus Ressourcen- und Platzgründen ist die Betreuung von mehr Auszubildenden nicht möglich. Vorschlag: Auf die Stellen kann verzichtet werden. Stelle Beschaffung und Support IT an Schulen: Aktuell befindet sich das Team Schul-IT in der Fachabteilung Informationstechnik in einer prekären Situation. Eine Stelle ist wegen Elternzeit unbesetzt, eine weitere Stelle wegen Krankheit mehr oder weniger dauerhaft nicht verfügbar. Unterstützung ist hier dringend notwendig. Vorschlag: Stelle im 3. Quartal 2025 ausschreiben, ggf. auf 2 Jahre befristet.		x				67.000		67.000		Ausbildungsstellen: ab 2025 streichen: zugestimmt Schul-IT: Stelle kommt aus der K-Liste raus: zugestimmt					0	
48	12	Zwei Ausbildungsstellen in der zentralen IT (jeweils 6.960 Euro). Stelle Anwendungsbetreuung/ eGovernment/neue Fachverfahren. (0 Euro)			AK	13.920	Zusätzliche Ausbildungsplätze, die nicht besetzt werden können. Aktuell werden abwechselnd zwei Fachinformatiker Systemintegration und ein DHBW-Student ausgebildet, um eine gute Betreuung sicherzustellen. Aus Ressourcen- und Platzgründen ist die Betreuung von mehr Auszubildenden nicht möglich. Vorschlag: Auf die Stellen kann verzichtet werden. Zusätzliche Stelle eGovernment: Neue Stelle wurde vom GR im HH 2023 geschaffen. Stelle wird schnellstmöglich beschrieben und ausgeschrieben. Unterstützung für dringend notwendige Digitalisierung weiterer interner und externer Prozesse und Troubleshooting/Anpassung von Softwarelösungen und Schnittstellen zu Formularen/FormCycle. Vorschlag: Stelle in E10 anstatt in E11 beschreiben.	Konzept*					13.920		13.920		zugestimmt		13.920		13.920		
49	12	Ein weiterer, zusätzlicher Azubi DHBW Student, Fachinformatiker, siehe Stellenplan Vorlage 801/2020			AK		Zusätzlicher Ausbildungsplatz, der nicht besetzt werden könnte. Aktuell werden abwechselnd zwei Fachinformatiker Systemintegration und ein DHBW-Student ausgebildet, um eine gute Betreuung sicherzustellen. Aus Ressourcen- und Platzgründen ist die Betreuung von mehr Auszubildenden nicht möglich. Vorschlag: Auf die Stelle kann verzichtet werden.	intern*	x				0		-		zugestimmt		0		0		
50	12	Anwendungsbetreuer_in		E 9b	1	0	Aktuell ist keine ausreichende Unterstützung (IT-Hotline) gewährleistet, da im Team Anwendungsbetreuung nur 5 Stellen für die Betreuung des Helpdesks vorhanden sind, die sich, neben der Betreuung der IT-Hotline, noch um mobile Endgeräte, Softwareinstallationen und Bereitstellungen, Terminalserver, Beschaffung und Austausch von Hardware usw. kümmern. Ein Wegfall dieser zusätzlichen Stellen hätte zur Folge, dass der aktuelle Status quo bezüglich der Anwenderbetreuung in Teilen beibehalten werden und ggf. sogar aufgrund ständig wachsender Aufgaben langfristig reduziert werden müsste. Lange Wartezeiten bei Supportanfragen und Unzufriedenheit bei den Mitarbeitenden wären bei einer Streichung der Stelle die Folge, da Aufgaben wegen IT-Störungen nicht, oder nur mit Verzögerung erledigt werden können.		x						-		abgelehnt, kommt aus K-Liste raus					0	

Konsolidierungspaket										Vorschlag Verwaltung		finanzielle Auswirkung										
Lfd. Nr.	FB/ StatSt/ Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühestens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve	
51	2	Ausgaben für TüBus/ÖPNV - u.a. samstags kostenlos, Ermäßigung Deutschlandticket für Tübinger und für die städt. Mitarbeitenden inkl. Eigenbetriebe sowie wesentlichen Beteiligungen	256/2024 257/2024			1.000.000	Freiwillige Aufgabe Über das Deutschlandticket und Jobticket wurde bereits im Gemeinderat beraten, es wird auf die Vorlagen 256/2024 (inkl.a) und 257/2024 (inkl. a und b) verwiesen. Der Planansatz hierfür wurde im HH-Entwurf 2025 schon entsprechend reduziert. Die Reduzierung der Ausgaben für TüBus wirken erst auf den Haushaltsplan 2026 (insgesamt 1 Mio. Euro, gegenüber dem Entwurf 0,6 Mio. Euro).	s. Ergebnis*	x	x				1.000.000	1.000.000		zugestimmt		1.000.000	1.000.000		
52	2	Einrichtung von zwei Schnellbuslinien mit Anbindung zur Regionalstadtbahn Neckar-Alb					Für den Haushaltsplan 2025 sind 150.000 Euro angemeldet. Schnellbuslinien werden gestoppt. Dies wurde bereits im HH-Entwurf 2025 berücksichtigt.	s. Ergebnis*							-		nicht abgestimmt, da bereits im HH berücksichtigt				0	
53	2	Ausgaben für Wirtschaftsförderung, BioRegio Stern, Tourismus				1.810.040	Es bestehen zum Teil vertragliche Bindungen. Davon abgesehen, sind Kürzungen möglich, mit einiger Sicherheit aber unwirtschaftlich, weil sie den Wirtschaftsstandort schwächen und damit mittelfristig die Steuereinnahmen senken.				x				-	1.810.040	zugestimmt, bleibt in Reserve				0	1.810.040
54	2	Sachbearbeitung Personenstammdaten und Adressverwaltung		A7	0,5	57.500	Die Sachbearbeitung umfasst das Einpflegen der Personenstammdaten und die Adressverwaltung für die Stadt und die beiden Eigenbetriebe. Da der Workflow vereinfacht wurde, ist in diesem Bereich eine Reduzierung von 3 auf 2,5 AK möglich. Die Stellenanteile sind aktuell unbesetzt, somit kann die Streichung sofort erfolgen.	intern*	x					57.500	57.500		zugestimmt		57.500	57.500		
55	2	Sachbearbeitung Doppelklick und Sekretariat		E 8	0,3	17.810	Für die Einführung des NKHR und Sekretariatsaufgaben wurde in der Fachabteilung Haushalt 2017 eine Sachbearbeiterstelle geschaffen. Nach weitestgehendem Abschluss der Umstellungsarbeiten wurde die Stelle im Jahr 2022 bereits auf 0,5 AK reduziert. Zusammen mit dem Sekretariat des Fachbereichs bestehen damit aktuell noch 1,5 AK für entsprechende Aufgaben und eine gegenseitige Vertretung. Langfristig sollte eine weitere Reduzierung um 0,3 AK möglich sein, da durch die Digitalisierung Prozesse weiter verschlankt werden können. Deshalb kann ein entsprechender KW-Vermerk angebracht werden.	intern*	x					17.810	17.810		zugestimmt		17.810	17.810		
56	2	Sachbearbeitung Neueinführung Verpackungssteuer		A 10	1,5	131.320	Die umfangreichen Einführungsarbeiten sind weitestgehend abgeschlossen. Für die weitere Abwicklung und Bearbeitung der Steuerfälle sollten langfristig 0,5 AK ausreichend sein. Bei den 1,5 AK kann somit ein KW-Vermerk angebracht werden.	intern*	x	x				131.320	131.320		zugestimmt		131.320	131.320		
57	2	Sachbearbeitung Zahlungseingangsvorbereitung		E 8	0,5	0	Die Stelle ist derzeit unbesetzt, nicht hochgerechnet und befristet bis zum 30.06.2025. Sie kann daher auch sofort gestrichen werden, da sich die Fallzahlen im Bereich der Flüchtlingsunterbringung reduziert haben und gleichzeitig Prozesse verschlankt werden konnten.	intern*	x						-		zugestimmt				0	
58	2	Sachbearbeitung Grundsteuerreform 2025		E 8	2	0	Die Stellen sind bis zum 31.12.2026 befristet und werden aktuell auch nicht hochgerechnet. Von den genehmigten 2,0 AK sind 0,5 AK nicht besetzt. Eine Streichung dieser 0,5 AK ist schon ab sofort möglich, da der weitere Umstellungsaufwand voraussichtlich mit 1,5 AK bewältigt werden kann.	intern*	x	x				0	-		zugestimmt		94.000	94.000		
59	2	Verzicht auf Druck Haushaltsplan				3.500	Der Haushaltsplan wird derzeit zweimal im Jahr gedruckt (Entwurf + Beschluss). Es wird vorgeschlagen, den Haushaltsplan nur noch in digitaler Form (von gesetzlichen Vorgaben abgesehen) zur Verfügung zu stellen.		x			3.500		3.500	3.500		zugestimmt		3.500	3.500		
60	2	Verbesserung Einnahmen: Erhebung Grundsteuer C	239/2024				Die Einführung der Grundsteuer C wurde bereits vom Gemeinderat entschieden, es wird auf die Vorlage 239/2024 verwiesen. Die zusätzlichen Erträge sind bereits im HH Entwurf enthalten.	keine Abstimmung	x						-		bereits entschieden				0	

Konsolidierungspaket										Vorschlag Verwaltung		finanzielle Auswirkung										
Lfd. Nr.	Fb/ StatSt/ Kontenstelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühes-tens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve	
61	3	Personenstandswesen Erhöhung Gebühren				100.000	Am 17.06.2023 wurden die Gebühren im Standesamtswesen durch das Innenministerium BW für alle Standesämter in BW erhöht. Beispielsweise kostete zuvor eine Geburtsurkunde 12 Euro, nun sind es 20 Euro. Die Einnahmen müssen nicht abgeführt werden, sondern dienen der Stadt Tübingen eben zur Aufrechterhaltung des Betriebs des Standesamts. 2023 haben sich die Gebühreneinnahmen auf ca. 393.000 Euro erhöht. Am 19.12.2024 wurden für das laufende Jahr ca. 468.000 Euro eingenommen.					100.000			100.000		100.000	zugestimmt	in AL		100.000	
62	3	Ein Klient_innen-Service, der vor Ort Auskunft gibt, soll in der Ausländerbehörde eingerichtet werden. Schaffung 1 AK.		E 8	1	49.320	Die Stelle wurde geschaffen, um einen einfacheren Zugang zur Ausländerbehörde herzustellen und die Kommunikation zwischen der Ausländerbehörde und Klient*innen zu erleichtern. Das stellt keine Pflichtaufgabe dar. Bei Wegfall der Stelle muss die Aufgabe Infothek entweder wegfallen oder die Infothek muss durch die Sachbearbeiter*innen besetzt werden. Dadurch wird entweder der Zugang zur Ausländerbehörde erschwert oder es entstehen Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung.	Ausländerbehörde gesamt gefragt			x				-	49.320	zugestimmt, in Reserve			0	49.320	
63	3	Sachbearbeitung Bürgerdienste/Bürgerbüro		E 8	1	68.820	Es müssten alle technisch möglichen Prozesse (An- und Ummeldung) elektronisch erfolgen und nicht mehr vor Ort im Bürgeramt angeboten werden. Dies ist für manche (technisch weniger versierte Personen) schwierig. Bei technischen Problemen kann das Bürgeramt nur begrenzt helfen. Es könnte Unmut entstehen. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur verstärkten Nutzung der digitalen Prozesse unter Berücksichtigung des Unterstützungsbedarfs verschiedener Personengruppen		x					68.820	68.820		68.820	zugestimmt		68.820	68.820	
64	3	Kommunaler Ordnungsdienst		E 9a	2	130.450	Die Aufgaben sind u.a. Pflichtaufgaben nach Weisung. Dies gilt für die polizeilichen Aufgaben, die in einem gewissen Umfang auch verpflichtend sind, aber nicht für ca. 30% Verkehrsüberwachung. Die Streichung hätte eine Zunahme von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, teils erhebliche Belästigungen der Nachtruhe durch Lärm und folglich ein Vollzugsdefizit zur Folge.	s. Ergebnis*			x				-	130.450	zugestimmt in Reserve			0	130.450	
65	3	Sekretariat		E 8	0,6	43.540	Stelle wurde mit einem KW-Vermerk versehen, Umsetzung war aufgrund persönlicher Gründe der Arbeitnehmerin nicht möglich, Renteneintritt 2027	intern*		x				43.540	43.540		43.540	zugestimmt		43.540	43.540	
66	3	Sachbearbeitung		E 9a	1	65.230	Umwandlung einer Aushilfsstelle in eine dauerhafte Stelle im Bereich Baustellen und Schwertransporte aufgrund häufigen Ausfalls eines MA (Wehrübungen) und umfangreichen Baumaßnahmen (Verlegung Fernwärmeleitungen, Europaplatz, Radbrücken, Herstellung Ladestationsplätze) sowie der Steigerung der Fallzahlen (2012: 269 Anordnungen, 2023: 417). Ohne diese Stelle können die anstehenden Aufgaben nicht bewältigt werden.				x				-	65.230	zugestimmt, bleibt in Reserve			0	65.230	
67	3	Sachbearbeitung		E 8	1	61.850	Eine Streichung hätte eine Überlastung der anderen Kolleginnen und Kollegen, die ebenfalls Pflichtaufgaben erfüllen, zur Folge. Darüber hinaus können dringende Anliegen der Bürgerschaft im Bereich Gefahrenabwehr und Ordnungsrecht nur noch oberflächlich und zeitverzögert bearbeitet werden. 2011 sind 77 obdachlose Personen untergebracht, 2024 sind es 124 Personen.	s. Ergebnis*							-	61.850	Betrag war nicht zugeordnet: in Reserve aufnehmen zugestimmt			0	61.850	
68	3	Sachbearbeitung Polizeirecht		A 10	0,45	30.830	Eine Streichung hätte eine Überlastung der anderen Kolleginnen und Kollegen, die ebenfalls Pflichtaufgaben erfüllen, zur Folge. Darüber hinaus können dringende Anliegen der Bürgerschaft im Bereich Gefahrenabwehr und Ordnungsrecht nur noch oberflächlich und zeitverzögert bearbeitet werden. Durch einen stetigen Zuwachs an unterzubringenden Personen (Zweitunterbringung Geflüchtete Personen aus der Ukraine, wenn diese nach der Erstunterbringen aus einem Mietverhältnis gekündigt werden) kann die Aufgabe nicht mehr nur durch eine Person bewältigt werden. 2011 wurden 77 obdachlose Personen untergebracht, 2024 sind es 124 Personen.				x				-	30.830	zugestimmt			0	30.830	
69	3	Sachbearbeitung Standesamt		E 7	0,2	0	Die Stelle wurde aufgrund der Reduzierung der Stellenanteile einer Kollegin an der Info-Theke im Standesamt geschaffen, da eine befristete Ausschreibung bzw. Besetzung der verbliebenen Stellenanteile zu einer großen Fluktuation führte. Aufgrund eines Stellenwechsels der Kollegin an der Info-Theke konnten jedoch die vollen 100% wieder unbefristet besetzt werden, sodass der Bedarf für die Stellenneuschaffung wegfiel.	intern*	x						-		zugestimmt			0		
70	3	Zuschuss Katzenkastration				1.500	Möglicherweise Zunahme verwilderter Hauskatzen mit Folgekosten durch deren Einfangen und Kastration.	keine Abstimmung			x				-	1.500	zugestimmt			0	1.500	
71	3	Einsparung von zwei Stellen im KOV - Nachtdienst		E 9a	2	130.450	Die Aufgaben sind u.a. Pflichtaufgaben nach Weisung. Dies gilt für die polizeilichen Aufgaben, die in einem gewissen Umfang auch verpflichtend sind, aber nicht für ca. 30% Verkehrsüberwachung. Die Streichung hätte eine Zunahme von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, teils erhebliche Belästigungen der Nachtruhe durch Lärm und folglich ein Vollzugsdefizit zur Folge.		x					130.450	130.450		130.450	zugestimmt		130.450	130.450	
72	3	Nette Toilette				45.000	Notwendigkeit der Schaffung weiterer öffentlicher Toiletten im Gebiet der Innenstadt. Zunahme der Reinigungs- und Unterhaltungskosten dieser.	s. Ergebnis*			x				-	45.000	zugestimmt, in Reserve			0	45.000	
73	4	Verzicht auf Eintritte im Stadtmuseum und stattdessen Aufstellung Spendenkasse				22.000	Freier Eintritt für das Stadtmuseum ist wichtig für die Teilhaberechtigkeit und Niedrigschwelligkeit. Das Haus ist dadurch für alle Zielgruppen offen. Das ist und bleibt ein zentrales Anliegen des Stadtmuseums.				x				-	22.000	zugestimmt in Reserve			0	22.000	

										Konsolidierungspaket			finanzielle Auswirkung							
Lfd. Nr.	FB/ StatSt/ Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Vorschlag Verwaltung			finanzielle Auswirkung								
									Wirkung ab 2025	Wirkung frühes-tens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1
74	4	Zuschuss an die Volkshochschule Beibehaltung des Zuschussesniveaus an die Volkshochschule				60.000	Aktueller Zuschuss Volkshochschule: 505.030 Euro, jährliche Einsparung 60.000		x				60.000	60.000	60.000		zugestimmt	60.000	60.000	
75	4	Sammlungsbetreuung		E 11	0,7	62.940	Stelle Provenienz-Forschung, zunächst finanziert über Drittmittel, seit 2019 entfristet. Aktuell: 10% Provenienz-Forschung, ansonsten wissenschaftliche Betreuung der Sammlung (40.000 Objekte) und Führung der Datenbank. Sicherung der Sammlung vor Diebstahl (Verweis auf schwerwiegende Verluste 2002). Konsequenz bei Streichung: keine Pflege der Daten, kein Verleih von Objekten und Wanderausstellungen an andere Museen; keine Präsentation der Sammlung in der Öffentlichkeit.			x				62.940	62.940		zugestimmt		62.940	62.940
76	4	Sachbearbeitung digitale Museumsvermittlung		E 11	0,7	56.860	Ursprünglich eine unbefristete Stelle (100%, Museumspädagogik). StelleninhaberIn beredet seit 09/2023. Jetzt aufgeteilt in 70% digitale Vermittlung und 30% Museumspädagogik (siehe laufende Nr. 157). Konsequenz bei Streichung: keine Digitaltechnik in Ausstellungen (größter Erfolg bisher Room of Memories), aber auch keine interaktiven Monitore, VR Stationen, Audioguides, Film- und Audiosationen etc.; keine digitale Vermittlung im Internet (neue Homepage; digitale Stadtkarten etc.); keine digitalen Kinderangebote (Actionbounds etc.).								-	56.860	zugestimmt, in Reserve		0	56.860
77	4	Museumspädagogik		E 11	0,3	23.170	Klassische Museumspädagogik mit Schwerpunkt Schulen: Schulprogramme zu bestimmten Themen z.B. NS-Geschichte; Ferienprogramme; kostenlose Programme für sozial benachteiligte Kinder (7000 Kinder/Jugendliche pro Jahr, finanziert durch 80.000 Euro Drittmittel pro Jahr); Stadtteilerkundungen; Kindergeburtstage				x				-	23.170	zugestimmt, in Reserve		0	23.170
78	4	Erhöhung Benutzungsgebühren Bücherei von 18 Euro auf 25 Euro				30.000	Erhöhung auf 25 Euro möglich; 30.000 Euro zusätzliche Einnahmen; Bonuscard-Inhaber_innen und Menschen bis 18 Jahre zahlen weiterhin keine Gebühr.		x				30.000	30.000			zugestimmt	30.000	30.000	
79	4	Stadtschreiberstipendium wird erst wieder ab 2027 vergeben				4.500	Stadtschreiberhaus wird saniert und ist zwei Jahre nicht nutzbar.	keine Abstimmung			x				-	4.500	zugestimmt in 2025	4.500	4.500	
80	4	Steigerung der Einnahmen im Shop				4.000		keine Abstimmung	x				4.000	4.000				4.000	4.000	
81	4	Verzicht auf Periodika				1.500	Periodika können auch in anderen Bibliotheken gelesen werden; z.B. Historische Zeitschrift in UB.	keine Abstimmung	x				1.500	1.500					1.500	1.500
82	4	Verzicht auf einen Auszubildenden pro Lehrjahr			AK	63.000	Drei Lehrjahre, daher entgültige Einsparung ab 2028. Nur noch ein*e Auszubildende pro Lehrjahr deckt den eigenen Bedarf der Stadtbücherei an Nachwuchskräften.		x				9.000	54.000	63.000		zugestimmt	9.000	54.000	63.000
83	4	Schlosshofkonzerte finden nur noch alle zwei Jahre statt, nur in ungeraden Jahren im Wechsel mit Liedwettbewerb				40.000	Für Marketing und Sponsoren und inhaltliche Kontinuität wären jährliche Konzerte besser; FB 4 versucht weitere Sponsoren zu gewinnen.				x			40.000	40.000		zugestimmt, Schlosshofkonzerte ab 2026 komplett streichen		40.000	40.000
84	4	Regelzuschussempfänger können keine zusätzlichen Projektzuschüsse beantragen				30.000	Regelzuschussempfänger können keine Sonderprojekte mehr umsetzen, haben aber verlässliche Regelförderung.		x				30.000	30.000			zugestimmt	30.000	30.000	
85	4	Kürzung der Sachmittel (Ausstellungsetat); Ersatz durch Drittmittel				16.000	Nach Fertigstellung der Dauerausstellung 2025 können ab 2026 eventuell weitere Mittel eingespart werden, weil zunächst die Dauerausstellung vermarktet werden soll und es weniger Wechselausstellungen gibt.		x				16.000	16.000			zugestimmt	16.000	16.000	
86	4	Städtepartnerschaften mit Aigle und Villa el Salvador werden nicht aktiv betrieben				15.000	Zunächst befristet auf zwei Jahre; sehr wenig Austausch mit Aigle; kein Kontakt zur Stadtverwaltung von Villa el Salvador; Konsequenzen überschaubar.		x				15.000	15.000			zugestimmt	15.000	15.000	
87	4	Verzicht auf Bibliothek's App				14.000	Es soll abgewartet werden bis es ausgereifere Versionen der App gibt; Implementierung dann voraussichtlich 2027.	intern*			x			14.000	14.000		zugestimmt	14.000	14.000	
88	5	Erarbeitung eines Konzepts zur Neuausrichtung der sozialpädagogischen Betreuung an Schulen. Darin enthalten sind die Schulsozialarbeit, das Angebot der Gruppenpädagogen an den Gemeinschaftsschulen sowie die zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeit für Schülerinnen und Schüler mit Fluchterfahrung.	917/2025	S 11b S 12	11	788.780	Die Ausstattung der Schulsozialarbeit an Tübinger Schulen liegt über dem Landesdurchschnitt. Das Konzept der Gruppenpädagogen an Gemeinschaftsschulen ist eine Tübinger Besonderheit. Bei Reduzierung der Angebote sind negative Effekte zu befürchten: Anstieg von Schulabsentismus, Eskalation von Konflikten, Schulabbrüche usw.	Konzept Schulsozial-arbeit	x	x			788.780	788.780			Antrag SPD zugestimmt, Reduzierung um 2 AK (die auslaufen)		143.415	143.415

										Konsolidierungspaket			finanzielle Auswirkung										
Lfd. Nr.	FB/ StatSt/ Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Vorschlag Verwaltung			finanzielle Auswirkung											
									Wirkung ab 2025	Wirkung frühes-tens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve		
89	5	Übertarifliche Vergütung der Kita-Leitungen zur Gewinnung und Bindung pädagogischer Leitungskräfte bei der Universitätsstadt Tübingen.			AK	117.500	Der TVöD benachteiligt immer noch U3-Gruppen bei der Leitungseingruppierung. Durch die übertarifliche Leistung wird dieser Nachteil ausgeglichen. Viele Städte verfahren ebenso. Eine Rückführung auf das tarifliche Niveau lässt befürchten, dass Einrichtungsleitungsstellen noch schwerer als bisher zu besetzen sind.			x					-	117.500	zugestimmt, in Reserve				0	117.500	
90	5	Streichung von 2 Stellen für PIA-Auszubildende sowie 1 Stelle für Bereichsleitung Kindertageseinrichtungen.			AK	145.600	PIA: Durch Streichung von Ausbildungsstellen droht perspektivisch eine weitere Verschlechterung der Fachkraftsituation. Bereichsleitung: Für das Management der Kindertageseinrichtungen ist die aktuelle Personalausstattung des Teams Fachdienste notwendig.	Konzept*			x				-	145.600	zugestimmt, in Reserve				0	145.600	
91	5	Erweiterung der Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen über 29 Stunden / Woche zur Erhöhung der Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich (FAG).	912/2024			900.000	Durch die Öffnungszeitenreduzierung im September 2023 wurden sehr viele Gruppen auf eine Öffnungszeit von 28,75 Stunden / Woche umgestellt. Damit verbunden war ein Einnahmeverlust aus dem FAG, da erst ab 29 Stunden / Woche der höhere Ausgleichsbetrag greift. Es soll ein Modell erarbeitet werden, um durch den Einsatz von Zusatzkräften diese Betreuungszeit wieder anbieten zu können.				x				900.000	900.000	zugestimmt 2026			900.000	900.000	900.000	
92	5	Mobiles Spielangebot "Ludomobil", aktuelle Personalausstattung 1,15 AK.		S 11b	1,15	87.000	Bei Verzicht auf das Angebot können für Kinder (5/6-11/12J.) keine mobilen niedrigschwelligen und lebensraumnahen Spiel- und Bewegungsangebote mehr gemacht werden.				x				87.000	87.000	zugestimmt, auf 50% kürzen			43.500	43.500		
93	5	Erhöhung der Betreuungs- und Verpflegungsgebühren für Kindertageseinrichtungen.	919/2024			1.177.000	Die Betreuungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen wurden seit 2019 nicht mehr erhöht. Die Verpflegungsgebühren sind weit über 10 Jahre lang nicht angepasst worden. Durch die enorme Steigerung der Betriebskosten, insbesondere der Personalkosten, ist die Kostendeckung deutlich zurückgegangen.				x	x	500.000		677.000	1.177.000	Antrag SPD zugestimmt			-205.750	882.750	1.177.000	
94	5	Sportförderungsrichtlinien: Die Kinder- und Jugendförderung wurde 2022 auf 25 Euro erhöht. Im Jahr 2023 wurde diese auf 27 Euro erhöht. Rücknahme der letzten Erhöhung um 2 Euro. ggf. möglich.				20.000	Mit der Erhöhung der Förderung ist eine Qualitätsverbesserung der Kinder- und Jugendarbeit der Vereine verbunden. Bei einer Rücknahme müssten die Vereine die Mitgliedsbeiträge erhöhen.								-	20.000	zugestimmt in Reserve					0	20.000
95	5	Die Schulbudgets der weiterführenden Schulen sollen um 10% gekürzt werden.	922/2024			121.760	Die Verwaltung geht davon aus, dass eine temporäre Verringerung der Budgets der weiterführenden Schulen von diesen getragen werden kann. Die Schulen müssen ihre Ausgaben priorisieren und die Lemmittelfreiheit nach Art. 14 Abs. 2 LV beachten.	Konzept*			x		121.760		121.760		Antrag SPD zugestimmt: Erhöhung der Kürzung auf 15 % befristet auf 2 Jahre			62.296		184.056	

Konsolidierungspaket														Vorschlag Verwaltung		finanzielle Auswirkung						
Lfd. Nr.	FB/ StatSt/ Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühestens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve	
96	5	Der Zuschuss für das Angebot "Lernort Berghof" der KIT Jugendhilfe soll reduziert oder gestrichen werden.				80.000	Bei Wegfall oder Kürzung des Zuschusses muss der Träger wahrscheinlich Stellenanteile abbauen und das Angebot reduzieren.	LernOrt Berghof- andere wurde nicht abgestimmt		x				80.000	80.000		zugestimmt, Kürzung um 40.000 Euro		40.000	40.000		
97	5	Das Budget für Supervision soll um 50.000 Euro reduziert werden. Ein Pilotprojekt für Fortbildungsangebote im Umfang von 25.000 Euro wird nicht fortgeführt.				75.000	Das Pilotprojekt wurde noch nicht gestartet, daher ist die Kürzung tragbar. Auch nach Reduzierung der Mittel für Supervision verbleibt ein ausreichend großes Budget für ein bedarfsgerechtes Angebot von Supervision für die Kindertageseinrichtungen.	Supervision: intern*	x			75.000			75.000		zugestimmt	in AL		75.000		
98	5	Die für die Bekämpfung von Schulabsentismus an den Tübinger Schulen vorgesehene Stelle wird gestrichen.			1	0	Ressourcen für die Bekämpfung von Schulabsentismus werden fehlen. Die Folgen werden langfristig sichtbar durch SuS, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Entsprechende Folgekosten durch Soziallasten werden die Folge sein. Die Stelle wurde zwar im HH 2024 geschaffen, allerdings nicht mehr für den HH 2025 hochgerechnet.	IT: s. Ergebnis* Schulabsentismus : 10 Nein	x			0			-		zugestimmt				0	
99	5	Kinder- und Jugendfarm Tübingen; Streichung der Stellenschaffung für 0,3 Stellen für die Erweiterung der Öffnungszeiten und Beschäftigung von Bufdi und Praktikant_in. (Bei Pos. 43 Aufgabenzuwachs geht es um das gesamte Angebot bei Beginn).			0,3	15.000	Bei Wegfall müsste das Angebot eingeschränkt werden. Ausbildungsmöglichkeiten (Bufdi-Stelle, Praktikum) beim Träger entfielen, mit der entsprechenden Auswirkung auf den Fachkräftemangel.	intern*		x				15.000	15.000		Reduzierung um 50%		7.500	7.500		
100	5	Wegfall oder Kürzung des Zuschusses für die Kontakt- und Anlaufstelle zur Berufsorientierung junger Menschen K.I.O.S.K.				54.264	Bei Wegfall müsste der Träger das Angebot reduzieren. Aktuell wird das Angebot im Verhältnis 40/40/20 von Stadt, Landkreis und Agentur für Arbeit (ab 01.01.2025) finanziert.			x				54.264	54.264		Verschiebung in die Reserve				0	54.264
101	5	Wegfall der Finanzierung der Angebote für Berufseinstiegsbegleitung an der Hans-Küng-Gemeinschaftsschule und dem SBBZ Pestalozzischule.				18.000	Die Verträge laufen im Jahr 2026 aus, eine Verlängerung soll aus Sicht der Verwaltung nicht erfolgen.			x				18.000	18.000		zugestimmt			18.000	18.000	
102	5	Kürzung des Zuschusses für Ki-Dojo Tübingen, Verein für Kampfkunst und Gewaltprävention e.V.				40.000	Bezuschusst wird die Miete für das städtische Gebäude. Bei Kürzung müsste der Verein diese Mittel anderweitig erwirtschaften.	s. Ergebnis*		x				40.000	40.000		Antrag AL/Grüne zugestimmt /Zuschuss nur um die Hälfte kürzen: 20.000 Euro)		20.000	20.000		
103	5	Wegfall oder Kürzung des Zuschusses für die Mobile Jugendarbeit (MJA) in Tübingen. Aktuell 1,75 Stellen. Das gesamte Angebot wird im Auftrag der Stadt durchgeführt und finanziert.				142.840	Die Mobile Jugendarbeit wurde 2009 für die Tübinger-Innenstadt eingerichtet, wo sich gehäuft Gruppen ihrer Zielgruppe im öffentlichen Raum aufhalten. Mit dem Angebot werden sozialbenachteiligte junge Menschen ab ca. 14 Jahren bis 27 Jahren unterstützt, die von Ausgrenzung bedroht sind und von anderen Unterstützungsangeboten nicht oder nicht mehr erreicht werden. Das niederschwellige Gesprächsangebot, das durch die Streetwork und Anlaufstelle der MJA angeboten wird, wirkt präventiv und bietet Unterstützung bei Problemlagen, die teilweise riskantes Verhalten bedingen (z.B. Suchtmittelmissbrauch, körperliche Gewalt, Kleinkriminalität...). Eine Streichung dieses Arbeitsansatzes hätte zur Folge, dass benachteiligte junge Menschen in Tübingen zu den genannten Problemfeldern kein sozialpädagogisches Hilfe- und Integrationsangebot mehr erhalten.			x				142.840	142.840		Zustimmung SPD Antrag auf 122.000 Euro (1,5 AK)		20.840	20.840		
104	5	Streichung einer 0,5 AK-Stelle für die Funktion eines Ausbildungsreferenten für die städtischen Kindertageseinrichtungen.		EG 11	0,5	39.870	Die Einrichtung der Stelle entspricht dem Ergebnis der Personalbedarfsermittlung und ist zur Aufgabenerfüllung notwendig. Bei Wegfall der Funktion muss davon ausgegangen werden, dass die Abbruchquote insbes. bei PIA-Ausbildungen wieder signifikant steigt und Ausbildungsstellen noch schlechter besetzt werden können. Ein Wegfall der Stelle steht im Widerspruch zur Ausbildungsinitiative in der Kindertagesbetreuung.	Konzept*			x				-	39.870	zugestimmt, in Reserve				0	39.870
105	5	Wegfall der Schwimmunterstützung für die Grundschulen.	913/2024			35.000	Mit der regulären Lehrerausstattung ist bei heterogenen Klassen kein erfolgreicher Schwimmunterricht möglich. Daher fördert die Stadt die Unterstützung der Schulen durch zusätzliche Schwimmlehrer. Ziel ist die Erreichung der Schwimmfähigkeit für alle Grundschulkinder und damit der Schutz vor dem Ertrinken.				x				-	35.000	abgelehnt, soll aus Liste raus				0	
106	5	Wegfall der Springerstelle für die Schulsekretariate.			0,5	28.750	In der Regel sind Schulsekretariate nur mit einer Person besetzt. Bei einem Ausfall bleiben die Aufgaben unerledigt. Die notwendige Zuarbeit für die Schulleitungen findet dann nicht statt. Daher wurde eine Springerstelle zur Kompensation der Folgen von Personalausfällen geschaffen. Bei Wegfall der Stelle kann kein kurzfristiger Ersatz bei Personalmangel erfolgen.		x					28.750	28.750		zugestimmt		28.750	28.750		
107	5	Wegfall der zusätzlichen Mittel für Ferienfreizeitangebote für 9-12-jährige in den Sommerferien, als Zuschussmittel für freie Träger				16.120	Die Mittel wurden in den vergangenen Jahren nur zum Teil abgerufen, da den freien Trägern aktuell für die Umsetzung die personellen Ressourcen fehlen. Eine Besserung ist hier nicht in Aussicht.	intern*	x			16.120			16.120		zugestimmt	in AL		16.120		

										Konsolidierungspaket			finanzielle Auswirkung								
Lfd. Nr.	FB/ StatSt/ Kosteneinzelstelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Vorschlag Verwaltung			finanzielle Auswirkung									
									Wirkung ab 2025	Wirkung frühestens ab 2026	Reserve	1. ÄL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve
116	S	Wegfall der Stellenanteile für das Projekt "Mitmachen Ehrensache".		S 11b	0,15	10.900	Das Projekt Mitmachen Ehrensache kann bei Streichung nicht mehr umgesetzt werden.	intern*		x				10.900	10.900		zugestimmt			10.900	10.900
117	S	Wegfall der Projektleitungsstelle für die Fachkraftgewinnung im Ausland für die städtischen Kindertageseinrichtungen.		E 9b	0,5	52.000	Mit Wegfall der Stelle kann die Fachabteilung die notwendige Integration der ausländischen Fachkräfte nicht leisten. Die Anwerbung im Ausland ist erschwert.		x			52.000		52.000		zugestimmt	ÄL			52.000	
118	S	Die Einnahmen aus dem Sommerferienprogramm werden um 10% erhöht.				7.200	Bisher wurden lediglich die Sachkosten mit den Einnahmen gedeckt, nicht die Personalkosten. Erhöhung der Kosten für die Eltern. Kinder mit Bonuscard zahlen nur eine kleine Verwaltungsgebühr.	keine Abstimmung	x			7.200		7.200		zugestimmt	ÄL			7.200	
119	S	Erhöhung der Entgelte für private/kommerzielle Nutzung und Veranstaltungen aller Nutzer in Schulräumen, Sport-/Mehrzweckhallen und Sportfreianlagen analog Spalte 3 und 4 der Entgelttrichtlinie.				40.000	Veranstalter und private Nutzer sollen mehr als bisher zur Kostendeckung beitragen. Die Verwaltung erarbeitet hierfür ein Konzept. Für alle Veranstaltungen in Schulräumen und Sport- und Mehrzweckhallen sowie Sportfreianlagen soll der Kostenersatz erhöht werden. Bei Veranstaltungen sind auch gemeinnützige Sportvereine, Chöre und Musikvereine betroffen, allerdings haben diese nach den Entgelttrichtlinien Pkt. 1.7. eine Veranstaltung pro Jahr in den städtischen Hallen kostenfrei (nur Hausmeister- und Reinigungskosten müssen bezahlt werden).	intern*	x	x		13.500		26.500	40.000	zugestimmt	ÄL		26.500	40.000	
120	S	Erhöhung der Kostendeckung in der Schülerbeförderung durch Erhöhung des Kostenersatzes des Landkreises.				177.000	Der Landkreis deckt in seiner Satzung die Kostenerstattung für Schülerbeförderung an Grundschulförderklassen. Der Betrag entspricht der Differenz zwischen unseren tatsächlichen Kosten und dem Ersatz des LK 2023. Die Verwaltung wird einen Antrag auf Änderung der Satzung beim Landkreis stellen.	Zuständigkeit LK	x			177.000		177.000		zugestimmt		177.000		177.000	
121	S	Die Entgelte/Gebühren für das Schulessen werden von 3,50 Euro (Grundschule) auf 4 Euro und 3,95 Euro (weiterführende Schulen) auf 4,50 Euro erhöht.	921/2024			175.000	Aufgrund der stark gestiegenen Kosten für das Schulessen ist eine Erhöhung der Gebühren und Entgelte notwendig. Die Verwaltung wird die notwendigen Satzungsänderungen auf den Weg bringen.	Konzept*	x			123.200		51.800	175.000	zugestimmt	ÄL		51.800	175.000	
122	S	Die freiwillige Bezuschussung der Schülermonatskarten wird auf 8,42 Euro pro Monat reduziert.				128.500	Die Maßnahme ist bereits beschlossen.		x			128.500		128.500		zugestimmt	ÄL			128.500	

Konsolidierungspaket										Vorschlag Verwaltung		finanzielle Auswirkung									
Lfd. Nr.	FB/ StatBSK-Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühestens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbeitrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbeitrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve
123	5	Wegfall des Zuschusses für Schulsozialarbeit für die Waldorfschule.				15.000	Es handelt sich um einen rein freiwilligen Zuschuss.	hier Schulsozialarbeit	x			15.000			15.000		zugestimmt	ÄL		15.000	
124	5	Wegfall des Schulbetriebskostenzuschusses für die Waldorfschule.				41.000	Es handelt sich um einen rein freiwilligen Zuschuss.	hier Zuschuss			x				-	41.000	zugestimmt, ab 2026		41.000	41.000	
125	5	Erhöhung der Entgelte für Kiko-Plätze auf kostendeckendes Niveau (7,25 Euro pro Stunde in 2022)				45.500	Die Verwaltung wird versuchen, die Preiserhöhung durchzusetzen. Bei Kündigung der Plätze durch die Vertragspartner gehen geplante Einnahmen verloren.		x	x		15.200		30.300	45.500		zugestimmt	ÄL	30.300	45.500	
126	5	Die Dynamisierung der Sachkostenpauschalen für die freien Träger von Kindertageseinrichtungen wird ausgesetzt.	918/2024			42.100	Die Verwaltung wird die vertraglich notwendige Beschlussfassung herbeiführen. Die Verwaltung hält den Verzicht auf die Dynamisierung der Pauschalen für vertretbar.		x			42.100		0	42.100		zugestimmt	ÄL		42.100	
127	5	Reduzierung der Kosten für den Sportvereinsgutschein				10.000	Die Verwaltung geht davon aus, dass die Kosten gesenkt werden können ohne das Angebot einzuschränken.		x			10.000			10.000		zugestimmt	ÄL		10.000	
128	5	Überprüfung des Finanzierungsmodells der Schulkindbetreuung: Bisher werden nur für Früh- und Spätbetreuung Gebühren erhoben, nicht aber für weitere Betreuungsleistungen außerhalb der GTS. Mit dem aktuellen städtischen Modell erhalten die Grundschulen für eine Monetarisierung von 20% der Lehrerwochenstunden umfangreiche Betreuungsleistungen durch die Stadt.				250.000	Die Verwaltung wird ein Konzept für eine bessere Refinanzierung der Schulkindbetreuung erarbeiten. Dazu gehört auch der Aspekt der Betreuungsgebühren		x			83.400		166.600	250.000		zugestimmt	ÄL	166.600	250.000	
129	50	Integrationsmanagement Bemessung Standard	924/2024		16,75 Stellen, 8 über Integrationspauschale = es wären 4 AK S12 in 2 Jahren	320.000	Schrittweiser moderater Stellenabbau im Integrationsmanagement durch Entlassung von erfolgreichen Fällen und von lange betreuten Fällen (3-5 Jahre). Bis 2026 könnten so ca. 4 Stellen abgebaut werden. Umfang hängt von der Anzahl der Neuzuwisungen ab. Zielgröße ist ein Stellenschlüssel von 1:90 bis 1:100 wie beim Landkreis. Hierzu liegt ein Konzept vor, das mit der Abteilung Hilfen für Geflüchtete erarbeitet wurde. Die Ressourcen für Arbeitsmarktintegration (0,8 VK) sollen im Zuge des Konzepts noch stärker mit dem IM verzahnt werden.		x	x		172.330		147.670	320.000		zugestimmt	ÄL	147.670	320.000	
130	50	Clearingstelle Aufgabenstellung: Schwerpunktsetzung auf der Vermittlung von Wohnungssuchenden mit hoher Dringlichkeit, die auf sich alleine gestellt auf dem Wohnungsmarkt wenig Chancen haben sowie der Begleitung von Vermietern bei der Vermietung an ebensolche „Problemfälle“.			1	83.870	Siehe Stellenzuwachs lfd. Nr. 62 und Berichte im KuBIS: Wird sehr stark nachgefragt, über 400 Vermittlungen, sehr gute Kooperation mit der GWG; zunehmend werden auch private Vermieter erreicht.				x				-	83.870	zugestimmt			0	83.870
131	50	Stellenschaffung Seniorenarbeit			0,75	45.000	Pflegethemen sind sozialpolitisch sehr bedeutend; bei Kürzung nicht bearbeitbar.				x				-	45.000	zugestimmt			0	45.000
132	50	Erhöhung zur Umsetzung der Sozialkonzeption z. B. für die Bahnhofsmision, Elkiko, Youth Life Line, etc.				30.000	Zuschnittkürzungen an soziale Vereine führen zum Abbau von Leistungen. Zunächst wird die prozentuale Steigerung der Zuschüsse ausgesetzt oder reduziert (siehe "Zuschüsse an Vereine und Initiativen"). Wenn darüber hinaus weitere Kürzungen erforderlich sind, sollen zu späterem Zeitpunkt alle Vereine nach abgestimmten Kriterien betrachtet werden.	intern*			x				-	30.000	zugestimmt			0	30.000
133	50	Zuschuss Stadtteil- und Familienzentren				10.000	Der Beschluss für diesen Zuschuss betrifft die Raumkosten und die Stadtteilsozialarbeit in der Südstadt (STT NaSe, Kit Jugendhilfe, gleiche Arbeit wie Brückenhaus), die Raumkosten und eine Verwaltungsstelle von 50% für den STT WHO, die Stadtteilsozialarbeit auf WHO und die Stelle für die Koordination aller Stadtteiltreffs. Zur Förderung von Stadtteiltreffs wird ein Konzept erarbeitet. Kürzung der Verwaltungsstelle WHO von 50 % auf 25% ist denkbar (andere Stadtteiltreffs haben keine Verwaltungsstellen, Brückenhaus und NaSe nur einen Minijob zusammen); Stadtteilsozialarbeit WHO kann den Stadtteiltreff vermehrt unterstützen. Zu beachten ist dabei aber: Die Verwaltungsstelle STT WHO organisiert das durch ehrenamtliche Helfer ausgegebene tägliche Schulessen (ca. 15% VK dafür erforderlich).		x			10.000			10.000		siehe 135, 136		-10.000		0
134	50	Beratungsstelle für ältere Menschen				28.400	Für aufsuchende Beratung und Ausbau der Arbeit.				x				-	28.400	zugestimmt, in Reserve			0	28.400
135	50	Stadtteilsozialarbeit Weststadt			AK		Stadtteilsozialarbeit wurde vom GR für Stadtteile mit besonderen Problemlagen beschlossen. Aufbau STT Weststadt ohne Stelle wird nicht gelingen. Konzept für Stadtteilsozialarbeit Nord, Süd, West und Innenstadt-Ost liegt vor. Beteiligung und Vertrag mit dem Landkreis müssten gekündigt werden.	Konzept*			x				-	0	siehe 133, 137			0	
136	50	Zuschuss Stadtteiltreff Werkstatt und Antrag Wanne					Mittel für die weiterhin bestehenden Stadtteiltreffs; Kürzung sozialpolitisch nicht sinnvoll.	Konzept*							-		zugestimmt, Konzept			0	
137	50	Begegnungs- und Nachbarschaftszentrum Brückenstraße; Förderung eines Stadtteiltreffs.				57.060	Der Stadtteiltreff "Brückenhaus" ist sehr nachgefragt und leistet viele Angebote für Menschen in schwierigen Lebenslagen. Die Förderung des damals neuen Stadtteiltreffs Brückenhaus wurde mit dieser Vorlage beschlossen und setzt sich zusammen aus einem Miet-, Sach- und Personalkostenzuschuss. Es gibt dazu einen Vertrag mit dem Träger, Kit Jugendhilfe zur Finanzierung der Räumlichkeiten. Darüber hinaus gibt es auch einen Vertrag mit dem Landkreis, da hier auch Stadtteilsozialarbeit/ Gemeinwesen orientierte Jugendhilfe vom LK finanziert wird. Stadt und LK verpflichten sich, je 40% Sozialarbeit zu finanzieren, die Stadt muss dazu die Raumkosten stellen.				x				-	57.060	zugestimmt, 60.000 Euro Konzept soll erarbeitet werden in Reserve, WHO wird zurückgenommen 133, 135, 136			0	60.000

Konsolidierungspaket										Vorschlag Verwaltung		finanzielle Auswirkung										
Lfd. Nr.	FB/ StatSt/ Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühes-tens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve	
138	50	Familientreff in den Kitas: Zusätzlich 2 Freistellungsstunden				12.500	Aufgrund FK-Mangel aktuell keine Familientreffs direkt an freien Kitas; kann gestrichen werden, aber evtl. später wieder nötig;	intern*	x				12.500		12.500		zugestimmt		12.500		12.500	
139	50	Fachkräftemangel und Kampagne Sozialberufe				90.000	Das Budget für die Kampagne (105.590 für 2025 im HH-Entwurf) ist um 90.000 Euro kürzbar. Erhalten bleiben sollen 15.000 Euro für die Pflege und Bewerbung der Internetseite SoTue. Diese wurde mit hohem Aufwand 2023 neu erstellt. Das Budget soll im FB5 verortet werden, da der Schwerpunkt im Bereich der Kindertagesstätten liegt.		x			90.000			90.000		zugestimmt, Erhöhung auf 105.000 Euro		15.000		105.000	
140	50	Umsetzung des Aktionsplans			AK	36.200	Sinnvolle politische Zielsetzung, siehe Aktionsplan Inklusion, ohne Personal nicht leistbar.				x				-	36.200	zugestimmt, in Reserve				0	36.200
141	50	Projekt TAPS				45.000	Das Projekt TAPS begleitet über 300 Ansprechpersonen (Lotsen) für Kinderarmut in Kitas, Schulen, Vereinen, Kirchen etc., die Familien über Hilfen informieren, Zugänge erleichtern und Angebote vermitteln. Schlüsselprojekt der Kinderarmutsprävention, ohne Begleitung nicht zu halten.				x				-	45.000	zugestimmt, in Reserve				0	45.000
142	50	+10.000 Euro mit Sperrvermerk zur Förderung ambulanter Pflege-WGs --> Auftrag an die Verwaltung: Berichtsvorlage im KUBIS, Doppelförderung vermeiden, Klärung mit Landkreis				10.000	Betrag sollte nicht gekürzt werden. Förderung neuer Pflege-WGs (in Startphase nicht kostendeckend machbar) und Ausbildungen zur Alltagsbegleitung in Pflege-WGs werden als Alternative zu stationärer Pflege dringend gebraucht. Stattdessen Kürzung bei den Projektmitteln Senioren (4271.000) um 10.000 Euro möglich.	intern*	x			10.000			10.000		zugestimmt		ÄL		10.000	
143	50	Projekt "Schwimmen für alle Kinder", Erhöhung Zuschuss davon 2.000 Euro mit Zweckbindung für Minijob				9.500	Vorbildliches Projekt; Nachfrage steigend; Projekt generiert viele Spenden.	s. Ergebnis*			x				-	9.500	zugestimmt, in Reserve				0	9.500
144	50	Ausweitung von SELMA (Betr. Wohnen Zuhause) auf die Quartiere.				6.200	Sehr sinnvolles Angebot für betreutes Wohnen Zuhause, Nachfrage übersteigt das Angebot, ehrenamtliches Engagement.	intern*			x				-	6.200	zugestimmt in Reserve				0	6.200
145	50	Stadtteiltreff Hirschau; Bewilligung eines jährlichen Zuschusses für den Verein „Ratsstübe Hirschau e.V.“ (jährlich ab 2020)				24.000	Der Stadtteiltreff Hirschau wurde 2020 gegründet und ist rege besucht. Bei Streichung des Mietzuschusses müsste der Treffpunkt geschlossen werden. Es wird ein Konzept für die Förderung aller Stadtteiltreffs erarbeitet.	Konzept*							-		siehe Stadtteiltreff (oben)				0	
146	50	Familienbildungsstätte: Projekt Spiel, Spaß, Deutsch und Bewegung (10.000 Euro); Gebührenfreie interkulturelle Angebote (10.000 Euro)				20.000	Sehr gut besuchte kostenfreie Angebote für Familien mit Kleinkindern, Schwerpunkt Sprachförderung/ Flucht/ Migration; Angebote würden bei Kürzung entfallen, da FB5 stark unterfinanziert.				x				-	20.000	zugestimmt in Reserve				0	20.000
147	50	Beratungs- und Unterstützungszentrum für Frauen in sozialer Ausgrenzung und Wohnungsnot				10.000	Es handelt sich um einen reinen Mietzuschuss, der Landkreis bezahlt die Personalkosten. Zuschuss der Stadt ist Voraussetzung für das Angebot für wohnungslose Frauen (Beratung, Tagesstätte, Notwohnung mit zwei Aufnahmeplätzen). Evaluation der Nutzung der Tagesstätte geplant.	Konzept* Anmerkung intern: ein Konzept ist nicht erforderlich			x				-	10.000	abgelehnt, komplett aus der Liste nehmen				0	
148	50	Beitritt der Stadt zum Gesunde Städte-Netzwerk				200	Kann gestrichen werden, die Stadt ist Mitglied im kostenfreien Netzwerk zur Gesundheitsförderung in Baden-Württemberg		x				200		200		zugestimmt		200		200	
149	50	Stelle für KinderCard KreisBonusCard		E 10	0,5	38.330	Stelle für die KreisBonusCard ist unverzichtbar, ohne diese Stelle kann die KBC nicht betrieben werden.				x				-	38.330	abgelehnt, komplett aus der Liste nehmen				0	
150	50	Sachbearbeitung Stadtteilsozialarbeit WHO		S 12	0,5	34.870	Die Stadtteilsozialarbeit auf WHO hat eine zentrale Funktion, auch im Programm Soziale Stadt WHO. Stadtteilsozialarbeit gibt es laut Beschluss des GR gezielt in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen. Ein Konzept für die Stadtteilsozialarbeit Nord, Süd, West und Innenstadt-Ost liegt vor. Sie ist kofinanziert vom Landkreis. Bei einer Kürzung müsste der Vertrag mit dem Landkreis gekündigt werden.				x				-	34.870	zugestimmt in Reserve				0	34.870
151	50	Sachbearbeitung Asylbetreuung		E 10	0,5	41.310	Die Stelle der Ehrenamtskoordination (75%) gewinnt, unterstützt und koordiniert die ehrenamtliche Helferkreise für Geflüchtete, Sprach-Tandems u.v.m.. Bei Kürzung würden ehrenamtliche Hilfen und Integrationsleistungen deutlich zurückgehen; Mehrarbeit für Hauptamtliche wäre die Folge.				x				-	41.310	zugestimmt in Reserve				0	41.310
152	50	Sozialpädagoge_in		S 12	0,5	40.750	Stelle für die Betreuung wohnungsloser Menschen. Beim FB 50 liegt die Sozialbetreuung der städtisch untergebrachten Obdachlosen. Insgesamt gibt es 1,5 VK für Alleinstehende, Familien und Kinder. Z.T. sind Fälle mit schwerster Problematik zu begleiten. 0,5 VK sollen ab 2016 durch die Einführung von ambulant betreutem Wohnen für Familien ersetzt bzw. refinanziert werden (Verhandlung mit Landkreis, Förderung nach §67 SGB XII).			x				40.750	40.750		in Reserve (Entscheidung LK?)				0	40.750
153	50	Hausmeister_in Flüchtlingsunterkünfte		E 5	Zusätzl. Unterkünfte mit vorhandene m Personal	0	Der Personalschlüssel HM: Wohnungen liegt aktuell bei 1:60 in Anlehnung an den Landkreis. Es wird angestrebt, durch Aufgabenüberprüfung und -organisation den neuen Container-Standort in der Sidlerstraße ohne eine zusätzliche HM-Stelle zu bewältigen. Bei noch stärkerem Aufwuchs muss nachjustiert werden. Aktuell 578 Wohnungen und 9,25 AK. Personalkosten werden pro qm umgelegt und sind in der Gebührensatzung hinterlegt.		x								zugestimmt Anpassung Text.; ggf. streichen				0	
154	50	Wohnungslosenhilfe		S 12	0,5	35.430	Betreuung wohnungsloser Familien, 2 Jahre mit Projektförderung Land, Ansatz zeigt gute Wirkungen auf Kinder und Familien.	s. Ergebnis*							-		muss nicht entschieden werden, gehört zu lfd. Nr 152				0	

Konsolidierungspaket										Vorschlag Verwaltung				finanzielle Auswirkung								
Lfd. Nr.	Fb/ StatSt/ Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühes-tens ab 2026	Reserve	1. ÄL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve	
155	50	Zuschüsse/ Förderrichtlinien: stärkere Anrechnung von Rücklagen, Neufassung der Bestimmungen durch die Revision in Abstimmung mit den Fachbereichen				25.000	Eine stärkere Anrechnung von Rücklagen bei Vereinen ist möglich. Ein Vorschlag dafür kann erarbeitet werden(Revision und Fachbereiche) . Hintergrund: Vereine mit höheren Rücklagen können ein Einfrieren oder eine Kürzung des Zuschusses ausgleichen, während Vereine mit geringeren Mitteln geschont werden.	intern*	x				25.000		25.000		zugestimmt	25.000		25.000		
156	50	Nahverkehrsmäßigungen mit KBC a) Preiserhöhungen werden anteilig an KBC-Inhaber weitergegeben (bislang Festpreis) , nächste Erhöhung wird voll weitergegeben b) Deutschlandticket wird auf 25 Euro gesetzt c) Höhe der erforderlichen Verwaltungskosten wird in Abstimmung mit den SWT überprüft, Aufwand ist vermutlich nach Einführung geringer.				30.000	a) vertretbar, aber Mehraufwand, da Beträge bei jeder Erhöhung anzupassen sind. Alternativ: einmalige Änderung (siehe Vorlage 257/2024) b) vertretbar (siehe Vorlage 257/2024) c) Die SWT benötigen 30.000 Euro weniger für Personalaufwendungen Deutschlandticket, kann eingespart werden.	Abstimmung zu a) - KBC b) Konzept*	x	x		30.000		0	30.000		zugestimmt	in ÄL		30.000		
157	50	Kürzung Mittel für Ausbildungsstipendium				50.000	Gekürzt werden kann die Übernahme der Ausbildungskosten in den ersten 6 Monaten (Zuschuss an Betriebe). Bestehende Verträge werden noch weitergeführt. Es sind wenig negative Auswirkungen zu erwarten. Die Vermittlung und Begleitung von Auszubildenden, Sprachförderung, Beratung von Betrieben etc. wird weitergeführt, nur der Zuschuss für Betriebe entfällt, dieser ist nicht entscheidend. In 2025: 50.000 Euro Einsparung, ab 2026: 80.000 Euro.		x			50.000			50.000		zugestimmt	ÄL		50.000		
158	50	Kürzung bei Projektmittele/ Notfonds für Vereine				25.000	Bei Kürzung der Mittel können weniger Projekte gefördert werden; Kürzung um 25.000 ist vertretbar.	intern*	x				25.000		25.000		zugestimmt	25.000		25.000		
159	50	Zuschüsse für Familientreffs				12.500	Familientreffs (= Eltern mit Babys/ Kleinkindern) finden 1x pro Woche statt, von Eltern oder Ehrenamtlichen selbst verwaltet. 12.500 Euro für Freistellung von Mitarbeitern in Kitas mit Familientreffs werden aktuell nicht benötigt, da diese Freistellungen und Kita-Treffs aufgrund Fachkräftemangel leider eingestellt wurden. Der Sachzuschuss für Familientreffs (nur 2.500 Euro pro Treff) bleibt aber erhalten; es können auch neue Familientreffs gefördert werden.	Konzept* Anmerkung intern: ein Konzept ist für diese Kürzung nicht erforderlich!	x			12.500			12.500		zugestimmt	ÄL		12.500		
160	50	Projektmittel Inklusion				30.000	Eine Kürzung der Projektmittel für Inklusion/ Umsetzung Aktionsplan um bis zu 30.000 Euro ist möglich. Bestehende Projekte können bleiben, neue Projekte können in geringerem Umfang gefördert werden. Das Budget wurde bislang nicht ganz ausgeschöpft. Im Gegenzug werden die Mittel für Freizeit- und Kulturangebote/Teilhabeförderung von Menschen mit Schwerbehinderung und KBC nicht gekürzt.	intern*	x			30.000			30.000		zugestimmt	ÄL		30.000		
161	50	Sozialplanung, Gesundheitsförderung für Ältere		E11	0,5	43.520	Bei Streichung entfallen die speziellen Maßnahmen zur Gesundheitsförderung für ältere Menschen.			x				43.520	43.520		zugestimmt		43.520		43.520	
162	021	Hebung von Wohnraumpotentialen im Bestand durch Förderung von Belegungsbindungen, Förderung von Wohnpartnerschaften ("Wohnen für Hilfe") und der Wohnraumagentur sowie Öffentlichkeitsarbeit und EU Projekt.	Vorlage 914/2024 915/2024			45.310	Wird teilweise durch Fördermittel des Landes und der EU kofinanziert. Die Details wurden in Vorlage 914/2024 bzw. 915/2024 als Gesamtkonzept beschrieben. Im Vergleich zum Haushaltsansatz 2025 konnten im Ergebnis 45.310 Euro eingespart werden, im Vergleich zum Haushaltsansatz 2024 124.000 Euro.		x			45.310			45.310		zugestimmt	ÄL		45.310		
163	021	Stabilisierung des Mietwohnungsmarktes: Mietrechtsberatung und Verfolgung von Mietüberhöhungen im Bestand	914/2024			0	Mietüberhöhungen können eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Kommunale Interventionen helfen dabei, den Mietwohnungsmarkt zu stabilisieren. Zunehmend mehr Städte übernehmen diese Aufgabe (wieder), u. a. Frankfurt, Freiburg und Esslingen (Vorlage 914/2024).			x					-		zugestimmt				0	
164	6	Reduzierung Ausbildung von jährlichem auf 2-jährlichen Turnus			AK	2025: 8.000 Euro, ab 2026: ca. 30.000 Euro	Reduzierung Ausbildung, nur noch 1 Azubi-Platz alle 2 Jahre: weniger Möglichkeiten Berufsnachwuchs frühzeitig für Eigenbedarf an sich zu binden.	s. Ergebnis zu Azubis	x	x			8.000	22.000	30.000		zugestimmt	8.000	22.000	30.000		
165	6	Reduzierung von Ingenieurvermessungen		E12	0,5	50.000	Verschiebung einer Stelle fachbereichsintern wegen erhöhtem Bedarf in der gemeinsamen Geschäftsstelle Gutachterausschuss aufgrund der Auswirkungen der Grundsteuerreform. Dafür Reduzierung von Ingenieurvermessungen; halbe Stelle wird umlagefinanziert, dadurch Einsparung ca. einer halben Stelle.	intern*		x				50.000	50.000		zugestimmt		50.000		50.000	
166	6	Einschränkung der Betreuung/Beratung GIS-Dienstleistung für andere OE's			AK	95.380	Digitalisierungsprojekte (vor allem im Baudezernat) würden verzögert; viele OE's sind auf Unterstützung von FAB Geoinformation als Querschnittsamt angewiesen.	intern*			x				-	95.380	zugestimmt				0	95.380
167	6	Streichung Grundbuchsichtsstelle				0,5	32.620	Die Grundbuchsichtsstelle wurde als freiwillige Leistung 2018 nach Auflösung der örtlichen Grundbuchämter eingerichtet. Grundbuchauszüge können beim Grundbuchamt Böblingen beantragt werden.		x			32.620		32.620		zugestimmt		32.620		32.620	
168	6	Erstellung und Fortführung Stadtplan			AK	42.640	Kaum Einflussmöglichkeiten auf Aktualisierung, Richtigkeit und Gestaltung des Stadtplans, Übersichts- und Sonderkarten (gedruckt, Internet und TUGIS); Qualitätsverlust bei Darstellung von Fachthemen wie z.B. Fahrradrouten, Schulwegen, Wahlbezirken, POIs, etc.; Daten müssten evtl. eingekauft werden; Verlust einer Aufgabe mit sehr langer Tradition.Prüfauftrag zur Führung eines eigenen Stadtplans, ob Einsparmöglichkeiten vorhanden sind, wenn stattdessen auf externe Plangrundlagen zugegriffen wird.				x				-	42.640	zugestimmt				0	42.640
169	6	Erhöhung Gebühren für Wertgutachten				30.000	Erhöhung der Gebühren für die Erstellung von Wertgutachten an aktuelle Werte um ca. 30 % (Ausgangsbasis: ca. 100.000 Euro für Stadtgebiet Tübingen, wurde seit über 20 Jahren nicht mehr angepasst).		x				30.000		30.000		zugestimmt		30.000		30.000	
170	6	Einschränkung Plot- und Scandienstleistung				0,5	32.620	Bei Reduzierung des internen Plot- und Scandienstes für Aufträge (z.B. Plakate) müsste bei Bedarf externe Dienstleistung in Anspruch genommen werden.	intern*	x	x		32.620	0	32.620		zugestimmt		32.620		32.620	

Konsolidierungspaket										Vorschlag Verwaltung		finanzielle Auswirkung									
Lfd. Nr.	FB/ StatSt/ Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühestens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve
171	63	Sachbearbeitung FAB Service Center Bauen E8		E8	0,25	16.230			x				16.230		16.230		zugestimmt	16.230		16.230	
172	63	Erhöhung Baugenehmigungsgebühren um je 1 %				150.000	ca. 150.000 Euro Mehreinnahmen.		x				150.000		150.000		zugestimmt	150.000		150.000	
173	7	Fremd- und Eigenplanung Projekt Schaibleshalde (FB 7 + 9)				200.000	Für das Projekt Schaibleshalde war vorgesehen, große Anteile in Fremdleistung zu vergeben, um das Projekt zu beschleunigen. Angesichts der hohen Projektkosten werden nun Teile in Eigenleistung erbracht. Hierdurch werden Personalkapazitäten gebunden, die dann für andere Projekte nicht zur Verfügung stehen. Für eine Kosten- und Zeiteffizienz wird eine Verringerung der Projektkomplexität angestrebt.		x				100.000	100.000	200.000		zugestimmt (jährlich 100.000 Euro 2026-2028=300.000 Euro)	100.000		100.000	
174	7	Verstärkung Verkauf Grundstücke / Erbbau, Restflächen, § 31.3 BauGB				-100.000	Ziel: Einnahmeerhöhung Finanz-HH PSP 7.113301.0000.04; Aktiver Verkauf von Erbbaurechtsgrundstücken (mit Ankaufsklausel) sowie städtischen Grundstücken, die bebaut werden können; löst Personalmehraufwand aus.	Verkauf Erbbaupacht	x	x			-20.000	-80.000	100.000		zugestimmt (Erhöhung der Einnahmen aus Grundstücksverkehr von jährl. 1 Mio. Euro in den Jahren 2025-2028 auf dem PSP-Element 7.113301.0000.04)	-20.000	-80.000	-100.000	
175	7	Konzept Einnahmeerhöhung (FB 7) Erhöhung der Benutzungsentgelte (für Leitungen, Ankerverbauten, etc.) auf städtischen Grundstücken Erhöhung der Erbbauzinsen Erhöhung der Stellplatzmieten Erhöhung der Pachten (Kleingärten und Landwirtschaft)				140.000	Es bestehen verschiedene Grundstückseinnahmen aus städtischen Grundstücken (Pacht, Miete, Erbbauzins, Nutzungsentgelte). Mit dem Konzept soll überprüft werden, ob und wie sich die Einnahmen erhöhen lassen. Marktgerechtigkeit aber auch die rechtlichen und vertraglichen Möglichkeiten sollen überprüft werden. Löst temporär Personalmehraufwand aus.		x	x			20.000	120.000	140.000		zugestimmt	20.000	120.000	140.000	
176	7	Landschaftsplaner_in		E 12	1	85.280	1 von 2 Stellen Landschaftsarchitekt mit KW Vermerk; Konsequenzen sind langsamere Projektumsetzung und weniger Eigenplanung z.B. RSB Umfeldgestaltung; Gestaltung öffentlicher Raum Altstadt.			x				85.280	85.280		zugestimmt		85.280	85.280	
177	7	Stadtplaner_in		E 12	1	85.280	Konsequenzen: Verlangsamung von Planungen/Projekten der Wohnbau- und Gewebeentwicklung.	Konzept*			x				-	85.280	zugestimmt in Reserve			0	85.280
178	7	Sachbearbeitung Vorbereitung Landesgartenschau		E 12	1	85.280	Konsequenzen: Nach Realisierung KW-Vermerk Landschaftsarchitekt (Z.201) wäre dies 2. von 2 Landschaftsarchitektenstelle. Damit keine Aufgabenerfüllung LPH 0-2 für steinernen und grünen Freiraum durch FB 7 mehr möglich. Externe Vergaben erforderlich. Keine Fachlichkeit bei FB 7 mehr vorhanden.	s. Ergebnis*			x				-	85.280	zugestimmt in Reserve			0	85.280
179	7	Stadtplaner_in		E 12	1,369	116.750	Konsequenzen: Verlangsamung von Planungen/Projekten der Wohnbau- und Gewebeentwicklung; Mindereinnahmen bei Grundstücksveräußerungen.	s. Ergebnis*			x				-	116.750	zugestimmt in Reserve			0	116.750
180	7	Forstwart, Stadtwald		E 5	1	55.330	Personalausstattung wird im Rahmen Konzept Forst bearbeitet (s. Überprüfung Struktur und Aufgaben Forst).	s. Ergebnis*		x			55.330	55.330			zugestimmt		55.330	55.330	
181	7	Verkehrsplaner_in		E 12	1	0	Sachverhalt: Entfall neuer noch nicht besetzter Stelle. Konsequenzen: Verlangsamung von Planungen Rad, Fuß- und KFZ-Verkehr.	s. Ergebnis*	x				0	0	-		zugestimmt	0		0	
182	7	Personaleinsparung: KW-Vermerk 1 Stelle Fachliche Denkmalpflege			1	100.000	KW Vermerk wird in 2025 realisiert. Aufgaben werden von einer Stelle übernommen, die als Überlappung eingerichtet wurde und sich derzeit im Besetzungsverfahren befindet. Nach Stellenbesetzung ist die Aufgabenerfüllung somit sichergestellt.	intern*	x				100.000	100.000	100.000		zugestimmt	100.000		100.000	
183	7	Überprüfung Struktur und Aufgaben Forst				100.000	Ziele: Anpassung der Struktur an Aufgaben im Forst; Effizienzsteigerung; mehr Einnahmen aus Förderprogrammen; mehr Einnahmen aus Holzverkauf; Überprüfung im Rahmen Konzept 2025.	s. Ergebnis*		x				100.000	100.000		zugestimmt		100.000	100.000	
184	7	Sanierungsgebiete: Streichung Zuschüsse für umfassende Sanierung Hochbau				70.000	In WHO und anderen neuen Sanierungsgebieten wird auf die Bezuschussung von Hochbausanierungen verzichtet. Private haben dann noch die Fördermöglichkeit über KfW, Bafa etc. Modernisierungsvereinbarungen werden aber zur Ermöglichung von Steuerabschreibungen beibehalten.		x	x				70.000	70.000		zugestimmt		70.000	70.000	
185	7	RSB Umfeld Machbarkeitsuntersuchungen; Beauftragung an Dritte				50.000	Keine externen Vergaben mehr für Machbarkeitsstudien zur RSB Umfeldgestaltung; langsamere Umsetzung oder Umsetzungen RSB ohne ergänzende städt. Angebote.		x				50.000	50.000	50.000		zugestimmt wurde auf 0 gesetzt			0	

										Konsolidierungspaket			finanzielle Auswirkung								
Lfd. Nr.	FB / StatSt. Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Vorschlag Verwaltung			finanzielle Auswirkung				Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbeitrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve
									Wirkung ab 2025	Wirkung frühes-tens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbeitrag Konsolidierungspaket 1						
186	7	Umwandlung Stelle EG 12 Planer/Planerin bei Ausscheiden auf Stelle in EG 9 für verwaltungs- und organisatorische Aufgaben			AK	40.000	Ziele: Anpassung der Struktur an Aufgaben im Forst; Effizienzsteigerung; mehr Einnahmen aus Förderprogrammen; mehr Einnahmen aus Holzverkauf; Überprüfung im Rahmen Konzept 2025	intern*		x			40.000	0	40.000		zugestimmt	40.000		40.000	
187	7	Personaleinsparung: Entfall Sanierungsmanager_in			1	29.170	Annahme war, dass Stelle zu 75% refinanziert würde für mind. 2 Jahre. Förderprogramm KfW 432 ist entfallen; daher hier nur 25% der Personalkosten angenommen.	intern*		x			29.170	0	29.170		zugestimmt	29.170		29.170	
188	7	Erstattungen vom Land, Kostenersätze von SWT, Erstattungen von privaten Unternehmen; Erstellung Bauleitpläne für Dritte				24.000	Erhöhung der Planungskostenvertragspauschale (HOAI/Verwaltungsinterne Kosten), mindestens 8.000 Euro / Vertrag ab 2025.	intern*	x				24.000		24.000		zugestimmt	24.000		24.000	
189	7	Reduktion Zuschüsse an Dritte zukünftig Reduktion Mittel Stadtbildsatzung auf 60.000 Euro, keine Graffitiförderung mehr				20.000	Ziel: Angebot für Private der Graffiti-Entfernung durch KST; Sach- und Personalmittel bei KST erforderlich.	intern*	x				20.000		20.000		zugestimmt	20.000		20.000	
190	7	Verzicht auf Förderprogramm Altstadt Erdgeschossanierungen und Integration in Sanierungsgebietsausweisung (aus Haushaltskompromiss 2023)				80.000			x				80.000		80.000		zugestimmt	80.000		80.000	
191	8	Hausmeisterkonzept			bis zu 4,0	221.890	Ausgangspunkt: Eine Reihe von Hausmeister-Stellen sind nur einem oder einzelnen Gebäuden zugeordnet. Leistungsumfang ist nicht definiert. Vorschlag: Entwicklung eines Konzeptes mit weitergehenden Zuständigkeitsringen aus gleichqualifizierten Personen und mögliche Reduzierungen (Präsenzzeiten, Leistungsumfang etc.) Ziel: Größere Flexibilität beim Personaleinsatz, Vereinfachung der Vertretungsregelungen, höhere Effizienz und damit Reduzierung der notwendigen Personalkapazität.	Konzept*	x	x			110.945	110.945	221.890		zugestimmt	110.950	110.945	221.895	
192	8	Aktivierung von Eigenleistungen (Planung und Bauherrenvertretung) im FB 8			AK	1.470.000	Ausgangspunkt: Eigenleistung wurde bisher nicht aktiviert. Vorschlag: Aktivierung der Eigenleistung. Ziel: Reduzierung des Aufwandes im Ergebnishaushalt.	Konzept*	x			1.470.000			1.470.000		zugestimmt	in AL		1.470.000	
193	8	Optimierung und Reduzierung von Büroflächen der Verwaltungsstandorte				50.000	Ausgangspunkt: Nicht optimierte Flächenbelegung der städtischen Verwaltungsgebäude. Vorschlag: Überprüfung aller städt. Verwaltungsräumlichkeiten auf Optimierungen (z.B. Desk-Sharing, Homeoffice Regelungen usw.) Ziel: Reduzierung der Flächen und Kosten durch optimierte Raumbelagung.			x				50.000	50.000		zugestimmt		50.000	50.000	
194	8	Elektroingenieur_in		E 9b	1	66.910	Stelle derzeit nicht besetzt. Übernahme ins Konzept.		x				66.910		66.910		zugestimmt	66.910		66.910	
195	8	Erhöhung der Eigenplanung				200.000	Ausgangspunkt: Im Zuge des Stellenaufbaus (Architekten + Bautechniker) wurde der Anteil an Eigenleistung zunehmend erhöht. Vorschlag: Steigerung des Eigenleistungsanteils in den nächsten Jahren evtl. begünstigt durch die reduzierte Anzahl an Maßnahmen. Ziel: Vermeidung externer Honorare und dadurch Reduzierung des Aufwandes (auch im Bereich Unterhaltung und Sanierung).	Konzept*		x				200.000	200.000		zugestimmt		200.000	200.000	
196	8	Optimierung von Ortsteilrathäusern durch Einrichtung moderner "Bürgerbüros" im EG				175.000	Ausgangspunkt: Vorhaltung großer Rathäuser in Ortsteilen, z.B. in Kichberg oder Unterjesingen. Zeitlich und räumlich nicht effektiv genutzt. Vorschlag: Weiterführung des Konzepts zum Einbau von Bürgerbüros im EG. Vermietung der restlichen Etagen/Flächen in den Obergeschossen, ggfs. Stellenreduzierungen und geringere Öffnungszeiten. Ziel: Einsparung an Unterhalts- ggfs. an Personalkosten, zusätzliche Mieteinnahmen.	Konzept*		x				175.000	175.000		zugestimmt		175.000	175.000	

Konsolidierungspaket														Vorschlag Verwaltung		finanzielle Auswirkung								
Lfd. Nr.	FB/ StatSt/ Kontostelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühes-tens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve			
197	8	Aufgabe von Gebäuden (nutzungsbedingt nicht mehr benötigt) Wohngebäude Torbogenweg 12				6.000	Ausgangspunkt: Keine öffentliche Nutzung. Vorschlag: Verkauf Ziel: Einsparung an Unterhaltskosten, Verkaufserlös.	Konzept*	x				6.000		6.000		zugestimmt		6.000		6.000			
198	8	Künftige Nutzung von Gebäuden (nutzungsbedingt nicht mehr benötigt) Stadteilrathäuser				102.000	Ausgangspunkt: Vorhaltung großer Rathäuser in Stadtteilen, z.B. in Derendingen und Lustnau. Zeitlich und räumlich nicht effektiv genutzt. Vorschlag: Reduzierung oder Verzicht auf Verwaltungsstellen + Nutzung als Sitzungsort; Vermietung oder Verkauf. Ziel: Einsparung an Unterhaltungskosten, zusätzliche Mieteinnahmen, ggf. Verkaufserlös.	Konzept*			x				-	102.000	zugestimmt aber Beschreibung ändern: künftige Nutzung von Gebäuden				0	102.000		
199	8	Dienstleistung durch FB 8 u.a. für Bauunterhaltung der KST-Betriebsgebäude				0	Ausgangspunkt: Fehlende Kompetenzen bei der KST Bauunterhaltung, allgemeiner Gebäudebetrieb und Neubau von Gebäuden. Vorschlag: Dienstleistung für diese Leistungen durch FB 8. Einbeziehung in das Konzept Eigenleistung. Verrechnung an die KST. Ziel: Insgesamt Reduzierung des Aufwandes im Finanz- und ErgHH.	Konzept*	x	x					-		zugestimmt				0			
200	8	Aufgabe von Gebäuden (nutzungsbedingt nicht mehr benötigt) Verwaltungsgebäude Münzgasse				50.000	Ausgangspunkt: Nach Verwaltungsflächenoptimierung nicht mehr benötigt. Vorschlag: Verkauf/Vermietung. Ziel: Einsparung an Unterhaltungskosten, zusätzliche Mieteinnahmen, Verkaufserlös.	s. Ergebnis *			x				-	50.000	zugestimmt, Vermietung statt Verkauf, frühestmöglich		50.000		50.000			
201	8	Aufgabe von Gebäuden (nutzungsbedingt nicht mehr benötigt) Altes Schulhaus Hagelloch				46.000	Ausgangspunkt: Für Schul-Nutzung nicht mehr benötigt. Vorschlag: Verkauf/Vermietung. Ziel: Einsparung an Unterhaltungskosten, zusätzliche Mieteinnahmen, Verkaufserlös.	Konzept*			x				-	46.000	zugestimmt, in Reserve				0	46.000		
202	8	Reduzierung der Stelle Energiemanagement auf 50% (Laufzeit 2,5 Jahre)			0,5	0	Ausgangspunkt: Reduzierung auf 50% wegen Auslandsaufenthalt des Stelleninhabers für 2,5 Jahre. Vorschlag: Offener Stellenanteil wird nicht besetzt. Ziel: Einsparung einer 50%-Stelle für 2,5 Jahre.	intern*	x	x			0	0	-		zugestimmt		0	0		0		
203	8	Reduzierung Aufwand für Bauunterhaltung im ErgHH				200.000	Ausgangspunkt: Der Aufwand für Bauunterhaltung im ErgHH ist hoch, entspricht dem Bedarf. Vorschlag: Reduzierung vorläufig zurückstellen. Ziel: Erhöhte Investitionsaufwendungen in der Zukunft vermeiden.	intern*			x				-	200.000	zugestimmt				0	200.000		
204	8	Reduzierung Stelle Controlling auf 50%; Laufzeit 10 Jahre		E9a	0,5	0	Ausgangspunkt: Momentane Stellenbesetzung mit Reduzierung entspricht knapp den Anforderungen. Vorschlag: Zusätzlicher Bedarf wird auf vorhandene Verwaltungsstellen verteilt. Ziel: Einsparung einer 50%-Stelle.	intern*	x				0		-		zugestimmt		0		0			
205	9	Verhältnis Eigenplanung – Fremdplanung angesichts verringertem Investitionsvolumen (FB 9)				50.000 in Verbindung mit lfd. Nr. 221	Ausgangspunkt: Im Zuge des Stellenaufbaus wurde der Anteil an Eigenleistung zunehmend erhöht. Eigenleistung wurde bisher nicht aktiviert. Vorschlag: Steigerung (und Aktivierung) des Eigenleistungsanteils in den nächsten Jahren. Ziel: Vermeidung externer Honorare und dadurch Reduzierung des Investitionsaufwandes, in Verbindung mit der Aktivierung/Reduzierung des Aufwandes auch im Ergebnishaushalt	Konzept*	x				50.000		50.000		zugestimmt		50.000		50.000			
206	9	Entsiegelung von Parkplätzen				20.000	Ausgangspunkt: im Haushalt 2024 waren Mittel vorgesehen, um aktiv eine Entsiegelung im Verkehrsraum umzusetzen. Vorschlag: Entsiegelung wird bei allen Maßnahmen ingerativ geprüft und umgesetzt. Ziel: Entsiegelung von Flächen als kontinuierlicher Prozess, Finanzoptimierung durch Förderung.		x				20.000		20.000		zugestimmt		20.000		20.000			
207	9	Sachbearbeitung Betrieb der Verkehrseinrichtungen und Verkehrsrecht		E 11	1	80.300	KW-Vermerk grundsätzlich möglich; steht ggfs. im Konflikt zu Erhöhung der Eigenleistung.	Konzept*			x				-	80.300	zugestimmt				0	80.300		
208	9	Sachbearbeitung Straßenbetrieb/ Straßenkontrolle		E 7	1	64.350		Konzept*			x				-	64.350	zugestimmt				0	64.350		
209	9	Koordinator_in Radinfrastruktur		E 12	1	85.280	Ausgangspunkt: Um die vorhandene Radinfrastruktur effizient zu ertüchtigen, wurde eine Koordinierungsstelle geschaffen. Vorschlag: Mit der vorhandenen Stelle wären darüber hinaus Koordinierungsleistungen erbracht, die ansonsten von den planenden Ingenieuren geleistet werden müssten. Ziel: Sicherstellung einer effizienten Abwicklung von Maßnahmen der Radinfrastruktur, der Koordination von Baustellen und des Glasfaserausbaus.				x				-	85.280	zugestimmt				0	85.280		

Konsolidierungspaket										Vorschlag Verwaltung		finanzielle Auswirkung										
Lfd. Nr.	FB/StarbSt. Kostestelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühes-tens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbeitrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbeitrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve	
210	9	Koordinator_in Glasfaserausbau		E 11	1	0	Ausgangspunkt: Um den Glasfaserausbau zügig voranzubringen wurde eine Koordinierungsstelle vorgesehen. Vorschlag: Die Aufgaben werden mit vorhandenem Personal abgedeckt und in einem einfachen Verfahren abgearbeitet. Ziel: Sicherstellung eines zügigen Glasfaserausbaus ohne zusätzliche Personalmittel.		x					0	-		zugestimmt		0		0	
211	9	Azubi DHBW-Student_in		Azubi	1	0	Ausgangspunkt: Um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken wurde eine Ausbildungsstelle für eine(n) Studenten/Studentin im Fachbereich Tiefbau geschaffen. Vorschlag: Die Stadt Tübingen engagiert sich auch weiterhin in der Ausbildung Ziel: Sicherstellung von zukünftigem Fachpersonal.	Konzept*							-		zugestimmt, sofortige Wirkung				0	
212	9	Altlastenbeseitigung				10.000	Ausgangspunkt: In der Vergangenheit wurden umfangreiche Untersuchungen im Bereich der Altlasten benötigt. Die notwendigen Erkenntnisse liegen weitestgehend vor, die vorhandenen Mittel fließen meist nicht ab. Vorschlag: Die Mittel werden gestrichen und bei Bedarf überplanmäßig finanziert. Ziel: Altlastenuntersuchungen werden aus den Projekten finanziert. Es müssen keine separaten Haushaltsmittel vorgehalten werden.	intern*	x				10.000		10.000		zugestimmt		10.000		10.000	
213	9	Ticketfreier Samstag				230.000	An Samstagen etwa ein Viertel Fahrgäste, die trotz D-Ticket nicht über Dauerfahrtsberechtigung verfügen - entsprechender Wegfall der Unterstützung des Innenstadthandels und der Klimaschutzwirkung einschließlich Schnupperangebot für Neukunden.	Konzept*							-	230.000	Reserve zugestimmt Die Verwaltung wird beauftragt, das kostenlose Samstagsticket nachverhandeln (Betrag)				0	230.000
214	9	Ersätze an KST - Straßenreinigung				100.000	Ausgangspunkt: Die Kehrmaschine ist zur Reinigung der Straßen unterwegs. Vorschlag: Die Reinigungsintervalle werden reduziert. Ziel: Die Maschine kann auch für andere Aufgaben eingesetzt werden. Die Ersätze an die KST werden reduziert.		x				100.000		100.000		zugestimmt		100.000		100.000	
215	9	Ingenieur Planung im Straßenbau		E 11	AK	80.000	Ausgangspunkt: Im Zuge des Stellenaufbaus wurde der Anteil an Eigenleistung zunehmend erhöht. Eigenleistung wurde bisher nicht aktiviert. Vorschlag: Steigerung (und Aktivierung) des Eigenleistungsanteils in den nächsten Jahren evtl. begünstigt durch die reduzierte Anzahl an Maßnahmen. Ziel: Vermeidung externer Honorare und dadurch Reduzierung des Investitionsaufwandes, in Verbindung mit der Aktivierung/Reduzierung des Aufwandes im Ergebnishaushalt.	intern*							-		80.000	zugestimmt			0	80.000
216	9	Übernahme Servicegebühren Smartphoneparken				70.000	Ausgangspunkt: die Gebühren, die beim Bezahlen von Parkgebühren mit dem Mobiltelefon anfallen, werden derzeit von städtischer Seite übernommen. Vorschlag: auf die Reduzierung wird vorerst verzichtet. Ziel: das digitale Bezahlen soll weiterhin attraktiv bleiben. Politische Zusagen werden eingehalten.								-	70.000	Antrag: frühstmöglichst Umetzung in 2025 oder 2026		52.500	17.500	70.000	
217	9	Sanierung und neue Blaumarkierung an Fahrradwegen				5.000	Ausgangspunkt: zur besseren Sichtbarkeit der Radinfrastruktur werden Radwege blau markiert. 1 m² Blaumarkierung kostet annähernd so viel wie 1 m² Sanierung der Oberfläche. Vorschlag: Die Nachmarkierung wird reduziert.						5.000		5.000		zugestimmt		5.000		5.000	
218	9	Ersätze an KST - Reduzierung Mülleimer und Bänke in Ortschaften und Randbereichen				70.000	Die Reduzierung von Mülleimern und Bänken würde Ersätze bei der KST sparen, allerdings ist der Standard bereits jetzt nicht sehr hoch.								-	70.000	zugestimmt				0	70.000
219	9	Sachbearbeitung Verwaltung Tiefbau			AK	55.000	Ausgangspunkt: Auf dieser Stelle werden Verwaltungsaufgaben aus unterschiedlichen Fachabteilungen erledigt. Vorschlag: bei Freiwerden der Stelle wird diese nicht wieder besetzt. Aufgaben werden an die Fachabteilungen zurückgegeben. Ziel: Einsparung einer Stelle.	intern*		x				55.000	55.000		zugestimmt			55.000		55.000
220	9	Vermessungsleistungen, Unterhaltung Hochwasserrückhaltebecken, Unterhaltung Flüsse, Bäche und Wassergräben, Starkregenrisikomanagement				50.000	Ausgangspunkt: in den vergangenen Jahren wurden die vorhandenen Haushaltsmittel nicht immer vollständig benötigt, da hier auch die Reinigung und Beseitigung kleiner Schäden nach Hochwasser- und Starkregenereignissen mitberechnet ist. Vorschlag: sollten die Mittel wegen Unwetterschäden nicht ausreichen, können diese überplanmäßig bereitgestellt werden. Ziel: Einsparung von 50.000 €.	intern*	x				50.000		50.000		zugestimmt		50.000		50.000	
221	9	Ersätze an KST - Reduzierung Pflege öffentlicher Grünflächen				50.000	Ausgangspunkt: bereits heute ist der Bedarf an Pflege der öffentlichen Grünflächen kaum gedeckt. Reduzierung entspräche dem Abbau einer Personalstelle bei KST. Vorschlag: die Reduzierung wird zurückgestellt Ziel: weitere Verbuchung und Bildung von "Sukzessionsflächen" soll vermieden werden.								-	50.000	zugestimmt				0	50.000
222	9	Unterhaltung von Gemeindestraßen				124.200	Ausgangspunkt: die Straßen, Wege und Plätze sind bereits heute in keinem guten Zustand. Vorschlag: der Haushaltsansatz wird vorübergehend um 300.000 € reduziert. Davon sind bereits ca. 175.800 € im HH-Planentwurf über die Budgetbereinigung berücksichtigt. Die Straßenunterhaltung wird weiterhin entsprechend den Vorschlägen aus Vorlage 60/2024 priorisiert. Ziel: Einsparung von 300.000 € bei Erhalt der Verkehrssicherheit		x				124.200		124.200		zugestimmt		124.200		124.200	

Konsolidierungspaket										Vorschlag Verwaltung			finanzielle Auswirkung								
Lfd. Nr.	FB/ StatSt/ Kostestelle	Beschreibung	Vorlage	Eingruppierung	Summe von AK	jährlich mögliche Verbesserung	Erläuterung (Hintergrund und Ziele, Stellungnahme/Konsequenzen bei Streichung)	Klausur-empfehlung	Wirkung ab 2025	Wirkung frühestens ab 2026	Reserve	1. AL 2025	Wirkung in 2025	Insgesamte Wirkung ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Reserve	Ergebnis	Ergebnis 2025	Ergebnis ab 2026	Gesamtbetrag Konsolidierungspaket 1	Ergebnis Reserve
223	9	Gewässerrenaturierung - und -unterhaltung, 009.9200.112, EG 11, 50%		E11	0,5	45.000	Sofortige Reduzierung um 90.000 Euro für die kommenden 2 Jahre (45.000 Euro/a).		x				45.000		45.000		zugestimmt	45.000		45.000	
224	9	Schließung Toilettenanlagen BVV und Haagtor				40.000	Die Schließung der Toiletten würde Unterhaltskosten reduzieren, hätte jedoch Aufwirkungen auf Handel und Tourismus.				x				-	40.000	zugestimmt			0	40.000
225	9	Ersätze an KST - Graffiti-entfernung				40.000	Ausgangspunkt: die Graffiti-entfernung wird derzeit teilweise von den KST übernommen. Vorschlag: Reduzierung wird zurückgestellt. Ziel: Verschmutzungen und Graffiti werden weiterhin bestmöglich beseitigt.				x				-	40.000	zugestimmt, ab 2025 (so bald wie möglich)	40.000		40.000	
226	9	WLAN in Bussen				88.000	Das immer größer werdende Datenvolumen auf den Mobilgeräten macht ein WLAN in Bussen überflüssig.		x				88.000		88.000		zugestimmt	88.000		88.000	
227	9	Unterhaltung Grünanlagen und Spielplätze				30.000	Ausgangspunkt: bereits heute ist der Bedarf an Pflege der öffentlichen Grünflächen und Spielplätzen kaum gedeckt. Vorschlag: die Reduzierung wird zurückgestellt. Ziel: weitere Verbuschung und Bildung von "Sukzessionsflächen" soll vermieden werden.				x				-	30.000	abgelehnt, ganz raus			0	
228	9	Ersätze an KST - Streichen Blumenschmuck				125.000	Ausgangspunkt: der Blumenschmuck führt wegen der Bewässerung zu einem hohen Aufwand bei den KST. Vorschlag: in der Innenstadt wird der Sommerflor reduziert. In den Ortschaften wird der Sommerflor auf Blumenkästen beschränkt, die von den Ortschaften gegossen werden können. Auf Blumenampeln die nur mit dem Gießwagen gegossen werden können, wird verzichtet. Ziel: Reduzierung der Kosten um 50%.		Reduzierung auf 50%				62.500	62.500	125.000		zugestimmt	62.500	62.500	125.000	
229	9	Aufträge an Dritte, eine Kostenstelle die bei erforderlichen Beauftragungen im kleinen Rahmen für z.B. Planungsbüros herangezogen werden.				20.400	Ausgangspunkt: wegen Personalmangels wurden in der Vergangenheit auch kleinere Planungen an Büros vergeben. Inzwischen sind die Stellen besetzt. Vorschlag: Planungen werden intern durchgeführt. Ziel: Einsparung von 20.400 € im Ergebnishaushalt.	intern*	x				20.400		20.400		zugestimmt	20.400		20.400	
230	9	Ersätze an KST - Winterdienst				20.000	Ausgangspunkt: wenn ein öffentliches Interesse (z. Bsp. an Bushaltestellen) besteht, führen die KST den Winterdienst durch, auch wenn hier eine Anliegerverpflichtung besteht. Vorschlag: diese Leistung wird reduziert, die Anlieger werden in die Pflicht genommen. Ziel: Einsparung von ca. 20.000 € beim Winterdienst.	intern*	Mit Ausnahme Altsadt				20.000		20.000		zugestimmt	20.000		20.000	
231	9	Ersätze an KST - 50% Reduzierung Unterhaltung Brunnen				11.000	Ausgangspunkt: die KST unterhalten und reinigen die städtischen Brunnen. Vorschlag: Die Reduzierung wird zurückgestellt. Ziel: die Unterhaltung soll weiterhin in vollem Umfang stattfinden um Folgeschäden zu vermeiden.				x				-	11.000	zugestimmt			0	11.000
232	9	Schließung Häckselplätze (alternativ Gebührenerhebung)				170.000	Ausgangspunkt: derzeit werden in Pfrondorf, Wellheim und Hageloch Häckselplätze zur Annahme von Häckselgut gebührenfrei zur Verfügung gestellt. Auf diese Dienstleistung kann verzichtet werden. Vorschlag: die Reduzierung wird zurückgestellt. Ziel: Die Entsorgung von Häckselgut soll weiterhin ermöglicht werden.	Schließung			x				-	140.000	abgelehnt, Betrag ganz raus, auch aus Reserve			0	
233	9	Schließung Häckselplätze (alternativ Gebührenerhebung)				30.000	Ausgangspunkt: derzeit werden in Pfrondorf, Wellheim und Hageloch Häckselplätze zur Annahme von Häckselgut gebührenfrei zur Verfügung gestellt. Vorschlag: die Verwaltung prüft, ob eine Gebührenerhebung wirtschaftlich ist. Ziel: Die Entsorgung von Häckselgut soll weiterhin ermöglicht werden, die Kosten sollen über Gebühren ausgeglichen werden. FB 2 entwickelt ein Konzept.	Gebührenerhebung nicht gefragt	x				30.000		30.000		zugestimmt	30.000		30.000	
234	KST	Wirtschaftlichkeit Müllabfuhr	923/2024			600.000	Angesichts der Haushaltsituation soll dem Gemeinderat vorgeschlagen werden, die Müllabfuhr an den Landkreis abzugeben (Vorlage 923/2024).			x				600.000	600.000		Antrag SPD zugestimmt, in Reserve verschieben, Beschlussfassung Frühjahr 2025			0	600.000
												3.484.120	2.349.415	7.210.879	13.044.414	6.808.600		2.122.686	5.993.814	11.600.620	6.804.260

